

Frédéric Walthard
Kommentare zu Zeitfragen

Die Stimme der Anderen

Sammlung der Zeitungsartikel im Jahre 1995

Inhaltsverzeichnis

Seite

I.	Sind jetzt alle fünf Kontinente verrückt geworden?.....	7
II.	Bitte unsere Neutralität nicht mehr beschimpfen.....	11
III.	Direkte Demokratie auf dem Prüfstand.....	15
	<i>Ist der Souverän "überfordert"?</i>	
IV.	Lichtblick für unsere Europa-Politik.....	21
V.	Was ein neutrales Land in Europa vermöchte.....	25
	<i>Stolz auf die Schweiz</i>	
VI.	Reformen - ein neuer Wahlschlager.....	31
VII.	Mazedonien - wieder Brennpunkt im Balkan.....	35
VIII.	Rechts - Links - Mitte: Wie heisst der neue Kurs?.....	41
IX.	Fernseh - Zirkus: Präsidentschaftswahlen in Frankreich.....	45
X.	Ist die Schweiz wirklich weltweit isoliert?.....	53
XI.	Expo 2000: Gelebte Solidarität zwischen Deutsch und Welsch.....	57
XII.	8.Mai 1995: Gedanken zur Zivilcourage im letzten Weltkrieg.....	65
XIII.	Chiracs Ziel: Nationale Erneuerung.....	69
	<i>Nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich</i>	
XIV.	"Angst vor Europa"?.....	77
	<i>Nüchterner Realitäts-Sinn statt utopischer Illusion</i>	
XV.	Verfassungswunsch: Bessere Wahlchancen für Parteilose.....	89
XVI.	Wer will schon in die EU?.....	93
	<i>Das Welschland und Europa</i>	
XVII.	Müssen wir die Parlamentarier "Im Sack kaufen"?.....	103
XVIII.	Verfassungsreformen und Parlementsahlen.....	107
	<i>Die Zukunft der direkten Demokratie</i>	
XIX.	Wir brauchen eine Regierungsform.....	115
XX.	Das "Comeback" der Russen auf dem Balkan.....	119
XXI.	Führt an der EU wirklich kein Weg vorbei?.....	123
XXII.	Europa ist Integrationsmüde.....	127
	<i>Die Europäische Integration ist ins Stocken geraten</i>	
XXIII.	"Mut zum Aufbruch" - Wie etwa in Frankreich?.....	135

XIII

CHIRACS ZIEL: NATIONALE ERNEUERUNG

Nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich

Es war Mitterands Hoffnung, mit Lionel Jospin den Sozialisten in Frankreich eine *dritte Amtsperiode* im Staatspräsidium und sich selbst einen glanzvollen Abgang von der politischen Bühne zu sichern. Eine Hoffnung, die mit dem Sieg von Mitterands langjährigem Rivalen Jacques Chirac zunichte gemacht wurde.

Für viele Wähler ist damit aber noch *keine grundlegende Änderung* des auf beiden Seiten verklüngelten, überholten und von den Medien beherrschten politischen Systems, und damit eine Erneuerung der Demokratie, in Griffnähe gerückt. Dafür ist es dem Gaullisten Chirac gelungen, eine *patriotische Welle* im ganzen Land auszulösen. Besonders bei der Jugend weckte er Stolz, Zuversicht und neuen Elan für ein starkes Frankreich in Europa und in der Welt. Der alte Gegensatz zwischen der politisch dominierenden Rechten und der in die Opposition gedrängten Linken ist mit Chirac in Frankreich wieder Tatsache geworden, wo-mit politische und soziale Unruhen schon bald wieder zur Tagesordnung gehören dürften. Gelingt es dem neuen Staatspräsidenten nicht, die Not der am Rande oder unter dem Existenzminimum lebenden rund elf Millionen Franzosen und Ausländer (von insgesamt 58 Millionen Einwohnern) zu lindern, könnte es leicht zu Entwicklungen kommen, die noch *katastrophalere Formen annehmen würden als die Unruhen vom Mai 1968*.

Mitterands Abgang

Eigentlich war die erste Runde der Wahlen aus der Sicht des bisherigen Staatspräsidenten François Mitterand. planmässig verlaufen. Der in letzter Minute an Stelle von Jacques Delors als Kandidat der Sozialisten aufgestellte Lionel Jospin, hatte zur grossen Überraschung mit einem

guten Vorsprung Chirac überholt und Balladur eliminiert. Genau so wie es eigentlich von Mitterrand und Delors geplant wurde.

Wiederholt wurde im Laufe des Wahlkampfes die Frage gestellt, warum Delors auf eine Kandidatur für das Staatspräsidium auf der Liste der Sozialisten verzichtet hatte, obwohl er bei allen Wählerumfragen an der Spitze war. Delors muss, gestützt auf die ihm verfügbaren Informationen, seine Chancen weniger günstig beurteilt haben. Liest man das letzten November veröffentlichte Buch "L'Unité d'un Homme" (Die Einheit eines Mannes), Gespräche mit Dominique Wolton, Editions Odile Jacob, Paris, so wird einem klar, dass er sich ganz der Stärkung des supranationalen Gebildes in Brüssel (und der Gründung eines *Weltsicherheits-Rats für die Wirtschaft*) widmen möchte. Seit der Maastricht-Abstimmung in Frankreich wusste er aber auch um das Wiedererwachen der de Gaulleschen Idee eines *Europa der Vaterländer* und starker nationaler Gefühle bei allen Franzosen. Hätte er kandidiert, so wären er und seine Anhänger unweigerlich in einen Zwiespalt zwischen den nationalen und den supranationalen Kräften in Frankreich geraten.

Für Mitterrand wäre die Übergabe seines Amtes an Delors in jeder Beziehung ein glanzvoller Abgang gewesen. Die Erneuerung seiner Partei in Richtung der von Delors vertretenen Sozialdemokratie mit Ausdehnung auf die links der Mitte stehenden Teile der Rechten. Dazu die Festigung der von ihm während seiner 14 jährigen Amtszeit gepflegten Führungsrolle Frankreichs in der EU.

Balladurs Eliminierung

Mitterrand erachtete die Wahlen als eine Chance, den *Bruderzwist in der Rechten* für einen "comeback" der Linken zu benützen. Dazu brauchte er nach dem Ausscheiden

Delors einen Mann, der eigentlich schon immer ein Gegensatz zu ihm war. Ein altgedientes Parteimitglied, welches das Vertrauen der Basis hat, ein grosser Schaffer und Kenner der Probleme, lange Zeit im Hintergrund von ihm Partei-Sekretär, und in den letzten Jahren öffentlich in Opposition zu ihm bzw. von ihm auf die Seite geschoben. Der ideale Kandidat für alle diejenigen Wähler, die nach 14 Jahren Mitterand einen Wechsel der Politik, des "Mitterandismus", verlangten. Also ein Mann, der wegen seiner Distanz zu Mitterand noch viel glaubwürdiger als irgendein Kandidat der Rechten mit einem Reformprogramm (das Modewort der Wahlkampagne) vor alle Franzosen treten konnte. Sehr wahrscheinlich ist Mitterand von Delors in der Wahl Jospins bestärkt worden, weil dieser seiner Idee einer *Sozialdemokratie* näher stand als ein Emanuelli, ein Lang oder ein Mauroy.

Sowohl Mitterand als auch Delors waren vor der ersten Wahlrunde vom politischen Charisma Jospins nicht sehr überzeugt - inzwischen sind sie eines besseren belehrt worden. Es ging also darum, Jospin so aufzubauen, damit er eine Chance habe, sich gegenüber einem der Schwergewichte der Rechten, Chirac oder Balladur, durchzusetzen.

Offenbar war Mitterand aus eigener Erfahrung der Meinung, dass ein *Chirac mehr Schwierigkeiten haben könnte, einen Sozialisten zu schlagen* als ein neuer Mann, wie *Balladur*, der sich zudem als Premierminister nicht schlecht bewährt hatte trotz all der Schwierigkeiten, die er, Mitterand, immer wieder versucht hatte, ihm in den Weg zu legen. Mit Hilfe des ihm von 14 Jahren Kontakt her doch sehr ergebenen Fernsehens, insbesondere des Moderators politischer Sendungen von TF1, Poivre d'Arvor (PPDA), war es relativ leicht, Balladur im ersten Wahlgang ins *Abseits* zu drängen. Chirac spielte mit - entweder übersah er die

übersah er die ihm gestellte Falle, oder er kümmerte sich in seinem ihm eigenen, den Wählern so sympathischen Draufgängertum recht wenig um die machiavellistischen Manipulationen Mitterands. Diesmal, im Gegensatz zu 1981 und 1988, sollte er Recht behalten. Umso gelegener kam ihm die Eliminierung Balladurs, die nicht zuletzt durch eine intensive *Anti-Balladur-Kampagne* aus seinen Kreisen bewirkt worden war: er betrachtete seinen langjährigen Freund Edouard als viel gefährlicher denn irgendeinen anderen Kandidaten, einschliesslich den Sozialisten Jospin, was diesem erlaubte nach der ersten Wahlrunde an die Spitze zu gelangen und was beinahe der Rechten wiederum eine Niederlage hätte einbringen können.

Der Sieg Chiracs

Der Ausfall Balladurs und das in der ersten Runde von Jospin erzielte Ergebnis war gerade das, was eine *Kämpfernatur* von der Art Chiracs brauchte. Er wirkte gelöst, selbstsicher, aber auch viel weniger aggressiv und seine Ausführungen waren klar und wenig verklausuliert. Irgendwie fühlte er sich als *Gaullist in seinem Element*. Anstatt sich das Mäntelchen eines Pseudosozialisten umhängen zu müssen, konnte er als ein zwar sozial gesinnter, aber ein überzeugter Bürgerlicher mit starken nationalen und patriotischen Akzenten, besonders auch in Richtung der Jugend, auftreten. Jospin, der sich ehrlich als Sozialist bekannte, erleichterte ihm die Aufgabe eines ganz auf den Gegensatz rechts/links ausgerichteten Wahlkampfes. Das erlaubte Chirac in die Kerbe zu hauen "14 Jahre Sozialismus, besonders in der von Mitterand *monarchisch* geprägten Art, seien genug". "Time for change", der so oft in amerikanischen Präsidentschaftswahlen benützte *Slogan* wurde auch von Chirac über Gebühr strapaziert, aber gerne von allen Unzufriedenen gehört.

Le Pens Rolle

Nach der ersten Wahlrunde wurden rein mathematisch die Chancen Chiracs als günstig betrachtet. Besonders weil Balladur sofort nach dem Bekanntwerden seines Ausscheidens am Abend des Wahltags alle seine Wähler aufforderte, für Chirac zu stimmen. Wie nachträglich festgestellt werden kann, ist diese Empfehlung von all seinen Wählern lückenlos befolgt worden. Das deutet auf ein politisches Gewicht, das von Chirac und seinen Anhängern nicht unterschätzt werden sollte.

Aber diese Stimmen, zusammen mit denjenigen des eingefleischten Maastricht-Gegners Philippe de Villiers hätten mit 45% immer noch nicht zum Sieg Chiracs gereicht. Die bürgerliche Rechte kann es drehen, wie sie will, das Zünglein an der Waage war - und das ist inzwischen einwandfrei von Stimmurne zu Stimmurne bestätigt worden - bei den als Rechtsextremisten verschrienen, sich selber als nationale Rechte bezeichnenden 15,8 % Wähler von Jean-Marie Le Pen. Dieses für viele überraschende Resultat wurde an der ersten Runde ganz einfach deshalb erzielt, weil Le Pen der einzige Kandidat war, der den Mut hatte, das heikle Problem der Immigration und Unterwanderung Frankreichs - mit zum Teil recht gefährlichen Ausländern - anzupacken und sich gleich, wie de Villiers, für die Wiederherstellung der *französischen Souveränität* im Rahmen der EU und Maastricht einzusetzen.

Damit hatte es Le Pen in der Hand, zu entscheiden, wer zum französischen Staatspräsidenten gewählt wird. Mit dem Hinweis, er werde sich der Stimme enthalten, hat er natürlich die Waage zugunsten Chiracs ausschlagen lassen. Erstens wegen den nationalen und gaullistischen Äusserungen Chiracs, seinen, allerdings sehr vage gehaltenen Andeutungen eines eventuellen Referendums inbezug auf Maastricht und schliesslich wegen seiner draufgängerischen, sich bewusst von der konservativ-

bürgerlichen Art Balladurs unterscheidenden und einen grossen Teil der Jugend ansprechenden, volksnahen Art.

Schlussfolgerung

Ein bekannter französischer Politologe sagte vor Jahren, dass Chirac nicht der Mann sei, um einen Sozialisten zu schlagen. Er möge sich noch so sozial geben, es werde ihm weder links noch rechts abgenommen. Die nach der ersten Runde vollständig *geänderte Art des Auftritts von Chirac*, das bewusste Hochspielen des Gegensatzes Rechts/links haben diesen Politologen widerlegt.

Die Aufgabe Chiracs wird nicht leicht sein, wenn er nicht mit Balladur und dessen Anhängern eine geschlossene Front zu bilden vermag. Er wird diese Front gegenüber Le Pen, die dritte politische Kraft des Landes, aber auch gegenüber einer sich dank der ausgezeichneten Leistung Jospins erneuerten sozialistischen Partei brauchen.

Sicher ist auch, dass jetzt Jacques Delors, gewissermassen als Nachfolger von Mitterand in der Rolle des *Seniors der Partei*, Jospin bei der Erneuerung des Sozialismus in Frankreich unterstützen wird. Dabei dürfte ihm das von den Franzosen neu entdeckte Gesicht Jospins eines ehrlichen, überzeugten und nicht finassierenden Politikers nützlich sein. Von besonderem Nutzen wird dabei für Chirac sein, dass die Sozialisten im Parlament in dessen gegenwärtiger Zusammensetzung, besonders im Repräsentantenhaus stark in der Minderheit sind. Auch alle übrigen Institutionen im Lande, bis hinab zu den Gemeinden, sind in den Händen der Rechten. Das kann zu Missbräuchen führen; die Rechnung dafür würde der Rechten spätestens bei den Legislaturwahlen 1998 präsentiert werden. In der Zwischenzeit wird ein *Versagen Chiracs und der von ihm einzusetzenden Regierung* zur Lösung insbesondere der *sozialen Probleme* unweigerlich bewirken, dass man "*auf die Strasse geht*" um zu seinen Rechten zu kommen: Die Gewerkschaften haben dies schon

angekündigt und andere politische Gruppierungen bereiten sich auf diesen Kampf ausserhalb der verfassungsmässigen Institutionen vor.

Einmal mehr kommt dabei dem *Verhalten der Medien*, insbesondere dem Fernsehen eine entscheidende Bedeutung für einen ordnungsgemässen Verlauf des politischen öffentlichen Lebens in Frankreich zu. Auswüchse, wie sie sich insbesondere der unterdessen wegen Korruption zu 15 Monaten bedingt verurteilten Polit-Moderators PPDA geleistet hat, sollten vermieden, wenn nicht gar gesetzlich verboten werden. Im Hinblick auf die Wahlen bei uns im Oktober sollten auch wir gewisse Lehren aus dem Verhalten der französischen Medien ziehen, um rechtzeitig solchen Vorgängen den Riegel zu schieben.

Original Text vom 24. April 95 mit redaktionellen Änderungen
publiziert am 26. Mai 95 Schweizerzeit.

"ANGST VOR EUROPA"?

Nüchterner Realitäts-Sinn statt utopische Illusionen

Die Frage ist nicht, ob die Schweizer Angst vor Europa bzw. der Europäischen Union haben; die Frage ist eher, ob die von der Schweiz bei einem Beitritt zu leistenden Opfer gerechtfertigt wären gemessen an den deutlich zutage tretenden inneren und äusseren *Schwächen* der EU.

Als erstes stellt sich für die Schweiz die Frage: Kann je mit einem *starken und in sich geeinten Europa* gerechnet werden - ein Europa, das nach innen und nach aussen die Sicherheit der Mitgliedstaaten zu garantieren vermöchte und deshalb beispielsweise unsere Neutralität überflüssig machen würde.

Frage zwei: Kann die EU die *wirtschaftlichen Bedürfnisse all seiner Mitglieder und Völker so befriedigen*, dass kein Mitgliedland mehr darauf angewiesen ist, die Interessen seiner Bevölkerung durch Abschluss individueller Verträge mit Drittländern zu wahren: Mit anderen Worten keine individuelle völkerrechtliche Handlungsfähigkeit mehr braucht. Es ist dies die auch heute noch sogar innerhalb der EU umstrittene "treaty-making-power", obwohl auf dem Papier (Römerverträge) die exklusive Kompetenz der EU-Organe auf aussenwirtschaftlichem Gebiet verbrieft ist. Von einzelnen Mitgliedstaaten wird das zwar immer wieder, im Falle ungenügender Berücksichtigung ihrer Interessen durch die Kommission in Brüssel, bestritten, wie das Frankreich kürzlich an der letzten Gatt-Runde getan hat.

Frage drei: Ist schliesslich die *gemeinsame Grenze der EU* bereits heute so solide gesichert, dass sowohl Schmuggel von Waren und Dienstleistungen als auch illegale Einreisen unerwünschter Ausländer unterbunden werden?

Nur wenn diese drei Fragen mit einem *klaren Ja* beantwort-

tet werden können, könnte dem Schweizervolk in guten Treuen der Beitritt zur EU empfohlen werden.

EU: Die Wirklichkeit

Jahre lang sind die Folgen eines *Alleingangs der Schweiz* in den schwärzesten Farben geschildert worden. Jetzt, im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst, wird die angebliche Angst der Beitrittsgegner vor der EU an den Pranger gestellt. Das sei, wird uns gesagt, ein schlechter Ratgeber, der noch teuer zu stehen kommen könnte. Anvisiert werden diejenigen Kandidaten, die "nicht den Mut haben dem Volk endlich reinen Wein einzuschenken" und ihm zu sagen, dass die EU und das supranationale System in Brüssel *gar nicht so schlimm* seien.

Dieser Forderung nach mehr Klarheit über die wirklichen Verhältnisse bei der EU kann ohne weiteres zugestimmt werden; sagte doch Mitterrand am 17. Mai beim Abgang von seinem Amt als französischer Staatspräsident, dass "das Ideal immer besser ist als die Realität". Der langjährige Präsident der Kommission der EU in Brüssel, Jacques Delors, hat besonders im vierten Teil "L'ambition européenne," des zusammen mit Dominique Wolton veröffentlichten Buches ihrer Gespräche über die "Einheit eines Mannes" (L'unité d'un homme, Edit. Odile Jacob, Nov 94) wiederholt recht eindeutig zugegeben, dass die *europäische Konstruktion* noch sehr weit von ihrem *Ideal entfernt sei*: Dieses Ideal in der ursprünglichen Form kaum je erreichen werden könne. Im Gegenteil, die EU werde noch vor dem Jahre 2000 in eine *gefährliche Krise* geraten, wenn nicht raschestens tiefgreifende Reformen durchgeführt werden.

Der beim europäischen Parlament für das EU-Budget verantwortliche Berichtersteller François d'Aubert, neuerdings Staatssekretär und Budget-Direktor der Regierung

Juppé in Frankreich, hat gestützt auf die umfängliche, ihm offiziell verfügbare Dokumentation auf mehr als 450 Seiten, unter Anführung zahlreicher, detaillierter und begründeter Beispiele, ein erschütterndes Bild der *strukturellen, administrativen und rechtlichen Unzulänglichkeiten und Unregelmässigkeiten* inbezug auf das Funktionieren des grossen freien Binnenmarkts gezeichnet (Main basse sur l'Europe, Untersuchung über die Abgleitungen in Brüssel, Edition PLON, 1994).

Die Gewissensfrage

Die Frage ist, ob mit dem von den Beitritts-Befürwortern neuerdings so häufig benützten Argument "es sei alles in Brüssel lange nicht so schlimm" nicht eine Art *Beruhigungs-Hypnose* verfolgt wird? Den Schweizern einzureden, sie sollten keine Angst haben, diesem Klub beizutreten. Man könne sich immer "arrangieren," unangenehmen Verpflichtungen auszuweichen. Das läge durchaus im Rahmen einer "Realpolitik", die übrigens, nach d'Aubert, in zunehmenden Ausmass auch von allen EU-Mitgliedern praktiziert wird. Unsere von ihrem Beitritt so begeisterten österreichischen Nachbarn haben allerdings schon sehr früh erfahren müssen, dass in der EU das Arrangieren den Grossen und Starken viel leichter fällt als den Kleinen. Ab-gesehen davon würde ein solches "realpolitisches" "Sich-Arrangieren" der grundsätzlichen Einstellungen in unserem Lande zu *Recht und Moral*, aber auch dem im Völker-recht verankerten Grundsatz von "Treu und Glauben" widersprechen. Ein Land, dem die weltweit anerkannte *Glaubwürdigkeit seiner Unterschrift* unter internationalen Verträgen noch etwas bedeutet, besonders ein kleines Land wie die Schweiz, sollte nie irgendeinen Vertrag mit der von EU-Mitgliedstaaten so häufig benützten "reservatio mentalis", das heisst mit dem Hintergedanken unterschreiben, man werde sich dann schon so drehen und

wenden, um allzu lästigen Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen. Für jeden Kandidaten zu den eidgenössischen Wahlen im Herbst ist es deshalb eine *Ehren-Pflicht*, sich zumindestens Gedanken über *Schein* und *Wirklichkeit bei der EU* zu machen. Von den Behörden in Bern, der "classe politique", den Medien, den Diplomaten und zahlreichen Professoren und Experten muss jetzt in aller Form verlangt werden, mit der Wahrheit über die ihnen zum Teil bereits bekannten Wirklichkeit des Gebildes in Brüssel herauszurücken!

Die Konstruktion Europas

Nach wie vor behaupten die Befürworter eines Beitritts zur EU, dass sich die EU mit der Zeit, und zwar rascher als man glaube, zu einem *staatlichen oder staatsähnlichen Gebilde* auswachsen werde. Gemäss dem am 7. Februar 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht würde der heute bestehende gemeinsame Markt mit der dazugehörigen Zollunion zu einer eigentlichen Wirtschafts- und Währungsunion, einer militärischen Verteidigungsgemeinschaft und einer gemeinsamen Aussenpolitik ausgebaut werden. Dazu kämen die notwendigen Institutionen mit einem sukzessiven Ausbau des Systems von *Mehrheitsentscheidungen*.

In seinem Gespräch mit Dominique Wolton hat sich Delors dazu, als der grosse Kenner der EU, lange nicht mehr so optimistisch geäussert. Das ist wohl auch der Grund, warum sich das nächste Gipfeltreffen am 26/27. Juni in Cannes speziell mit den Schwierigkeiten bezüglich der Verwirklichung der Zielsetzungen von Maastricht befassen wird. Bereits bei ihrem ersten Treffen am 18. Mai in Strassburg haben Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Chirac bestätigt, dass eine Relance der europäischen Idee dringend notwendig geworden und dies in erster Linie die Verantwortung Deutschlands und Frankreichs sei.

Die Beitrittsbefürworter sollten uns deshalb nicht immer wieder an den Kopf werfen, die EU sei eine *Realität*, an der auch die Schweiz nicht vorbeikomme. Die EU steht und fällt mit der *Realisierung der Zielsetzungen von Maastricht*. Maastricht ist aber heute mehr denn je in Frage gestellt! Delors führt diese Schwierigkeiten im wesentlichen auf die veränderte politische Lage in Europa seit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 zurück.

Delors Europa-Idee

Ursprünglich hatte Delors beantragt, Maastricht zu einem einheitlichen, umfassenden Vertragswerk mit einem klaren institutionellen Rahmen (Ausbau der Kommission zu einer Art Regierung, möglichst selbständig bei ihren Gesetzesinitiativen zu Handen des Europäischen Rats und des Parlaments, letzteres mit verstärkten Kontrollfunktionen) zu machen. Ein Gebilde, bei welchem, wie bei einem Baum, die einzelnen Teile vom wirtschaftlichen bis zur gemeinsamen Aussenpolitik als Teile eines Ganzen - wie die von einem starken Stamm ausgehenden Äste - straff zusammengefasst würden. Der Widerstand der einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere eine Initiative von Kohl und Mitterand, machte, so Delors, aus Maastricht einen *griechischen Tempel*. Die einzelnen Teile wurden in drei *nebeneinander stehende Säulen* (Wirtschaft und Währung; Aussenpolitik und militärische Sicherheit; Innere Ordnung und Justiz) mit einem nur nach aussen gemeinsamen Giebeldach, eben der Europäischen Union, konzipiert. Anstatt einer *einheitlichen Grundakte*, die nach ihm nicht von Anfang an eine Verfassung hätte sein müssen, wurde eine *multilateraler Vertrag* geschaffen. Ein Vertrag der unterschiedliche Kompetenzen schafft, die einzelnen Sektoren nebeneinander bestehen lässt und keine einheitliche zusammenfassende Führung erlaubt. Zwar habe er vorgeschlagen, wenigstens einen auf mehrere Jahre gewähl-

ten, *unabhängigen Präsidenten* vorzusehen, der nach außen eine einheitliche Präsenz der EU sicherstellen könnte. Nach innen wurde besonders von Deutschland, eine Verstärkung des Parlaments, des Ministerrats und des europäischen Rats auf der Ebene der Staatsschefs, also eine Verstärkung des *nationalstaatlichen Willen*, verlangt. Etwas, das wohl jetzt mit Chirac und vor allem mit Philipp Sequin, dem wiederbestätigten Präsidenten des französischen Repräsentanhauses, einer der Führer der Gegner von Maastricht bei der Abstimmung in Frankreich, noch stärker in Erscheinung treten dürfte! Dabei sollte auch, so d'Aubert, das gegenwärtig alleinige Initiativrecht der Kommission zur Vorlage von Gesetzestexten, das Delors als entscheidend für die Entwicklung der EU betrachtet, beschnitten werden.

Gemäss dieser Architektur würde die *Kommission* zu einem reinen *Exekutiv-Organ*. Das im Vertrag von Maastricht vorgesehene Subsidiaritätsprinzip wäre so klar zu definieren, dass es der Kommission nicht mehr zur Erweiterung ihrer Kompetenzen dienen kann. Als vordringlich werden die inneren Reformen erklärt, mit denen alle bestehenden, von d'Aubert im einzelnen aufgeführten Misstände, zu beseitigen wären. Vorher müsste aber die Währungsunion zumindestens beschlossen sein, was auch nach Delors kaum vor 1999 der Fall sein dürfte. Für Delors ist das besonders bedenklich, weil, wie er das immer wieder erklärt habe, ein *gemeinsamer Markt ohne gleiche Wettbewerbsbedingungen und einer einheitlichen Währung* nicht funktionieren könne: das komme besonders bei den durch das Wechselkursgefälle unter den Mitgliedstaaten verursachten Problemen in der Landwirtschaft und im Fischfang zum Ausdruck.

Das Erweiterungsproblem der EU

Enormes *Kopfzerbrechen* lösen in Brüssel die Vorschläge

zur *Erweiterung der Europäischen Union* nach Osten aus. Delors sieht durch die Erweiterung gar das Überleben der EU schlechthin in Gefahr, weil mit dem Einstimmigkeitsprinzip eine Weiterentwicklung ohnehin nicht denkbar sei. Das Überleben der EU, sogar als eine einfache Freihandelszone wäre gefährdet. Deshalb habe er inbezug auf den Binnenmarkt *Mehrheitsbeschlüsse* eingeführt. Diese können bei einem qualifizierten Mehr (einer nach der Bedeutung des Mitgliedstaates abgewogene Stimmenzahl) nur funktionieren, wenn die einzelnen Mitgliederländer bereit und auch fähig sind, bei einem weiteren Ausbau mitzumachen, wie zum Beispiel die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Voraussetzungen einer Währungsunion zu erfüllen. Ohne eine *europäische Währung* würde der jetzt bestehende *Binnenmarkt auseinanderbrechen*.

Besonders schwierig ist für Delors die Frage qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse bei einer Erweiterung der Zahl der Mitgliederländer, wie das von den mittel- und osteuropäischen Ländern immer dringlicher verlangt wird. Er sagt dazu wörtlich "was man nicht A 30 machen könne, müsse man halt denjenigen überlassen, die dazu bereit und fähig sind, ohne allerdings die Gesamtheit eines grossen Europas in Frage zu stellen". Das ist nichts anderes als die vom CDU/CSU-Vorsitzenden Schäuble lancierte und in letzter Zeit in Mode gekommene Idee eines *Europas der zwei Geschwindigkeiten*. Das ist nicht das gleiche wie ein Europa "A la carte", das wir Schweizer uns wünschen.

Gemäss Delors, aber auch Schäuble und Giscard d'Estaing, bedeutet ein Europa der zwei Geschwindigkeiten einen starken, inneren Kern der EU, dem sich in verschiedenen Kreisen mit *verschiedenen bzw. weniger Rechten, aber den gleichen Pflichten*, die anderen europäischen Staaten anzuschliessen, lese "zu satellisieren" hätten. Letztlich kann nach Delors dieser *innere Kern* nur aus *Deutschland und Frankreich* bestehen. Das ist neuer-

dings am Treffen in Strassburg von Kohl und Chirac klar zum Ausdruck gebracht worden indem sie betonten, die Verantwortung für die Relance der Einigung Europas sei ausschliesslich bei Frankreich und Deutschland.

Utopie und Wirklichkeit

Auf jeden Fall ist die EU heute weit entfernt von den ursprünglichen Zielsetzungen eines starken, in sich gefestigten staatlichen Gebildes (Staatenbund oder Bundesstaat), das Frieden, Ordnung, eine gewisse wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit auf unserem Kontinent zu garantieren vermag. Ein Block, der weltweit zu einem besseren, wenn möglich friedlicheren Zusammenleben von Völkern und Staaten beizutragen vermöchte.

Es ist nicht einmal gelungen, einen freien, nach aussen geschützten und *einwandfrei funktionierenden Binnenmarkt* zu schaffen. Zwar sind tausende von Gesetzestexten (Richtlinien und Empfehlungen) auf allen nur denkbaren Sachgebieten erlassen worden. Margaret Thatcher meinte einmal, es hätte viel weniger gebraucht, um einen ebenso freien Markt zu schaffen. Anstatt sich auf klare, einfache, leicht verständliche Grundsätze und Ausführungs-Vorschriften zu beschränken, enthält jeder Gesetzeserlass der EU zusätzlich noch zahllose Ausnahmen, Abänderungen und zwischen den Mitgliederstaaten ausgehandelte Kompromisse. Dadurch wird der eingangs festgelegte Grundsatz *durchlöchert, verbogen und verklau-suliert*, sodass nicht einmal ein Spezialist im Endeffekt weiss, was eigentlich gilt. Oder wie es Chirac bei seiner Erklärung vor dem französischen Parlament inbezug auf sein Land formulierte, sei die *Folge von zu viel Gesetzen, in Wirklichkeit kein Gesetz mehr zu haben*. Wie d'Aubert feststellt, wird dadurch der tägliche Geschäftsverkehr innerhalb des grossen Marktes mehr behindert als erleichtert. Der ordnungsgemässe Vollzug dieser Erlasse wird erschwert; gleichzeitig wird einer missbräuchlichen

An-wendung "Tür und Tor" geöffnet.

Als Folge davon ist der *Vollzug* in den einzelnen Mitgliederstaaten stark *vernachlässigt, ungenügend koordiniert und praktisch überhaupt nicht von den Gemeinschaftsorganen kontrolliert* worden mit dem Ergebnis einer nach aussen an vielen Stellen durchlöcherten Gemeinsamen Zollmauer. Zudem zeigten die letzten Gatt-Verhandlungen eine in sich gespaltene oder sich nur mühsam zu einer gemeinsamen Handelspolitik durchringenden Gemeinschaft. Trotzdem sind den Mitgliedern direkte Handelvertrags-Verhandlungen mit Drittstaaten verboten. Von den versprochenen Vorteilen des grossen gemeinsamen Markts ist wohl auf dem Papier, aber in der Praxis wenig zu verspüren. Weniger als in einer Freihandelszone, weil bei dieser wenigstens jedes Land auf Grund der verlangten Ursprungszeugnisse selber kontrollieren kann, ob eine Ware eingeführt werden darf. Wie d'Aubert das in seinem Bericht an zahlreichen konkreten Beispielen zeigt, gelangen heute tausende von Tonnen Waren und Dienstleistungen schwarz oder "grau" in den Gemeinschaftsraum, die gar nicht dafür qualifizieren: Wandern dann ungehindert von einem Mitgliedland zum andern; werden auf den dortigen Märkten zu Dumpingpreisen, oder besonders auch bei Nahrungsmittel, unter Missachtung aller Sicherheitsvorschriften zum Nachteil der einheimischen Produzenten und Konsumenten, abgesetzt.

Mehr Kosten als Vorteile

Als Folge dieses ungenügenden Funktionierens der EU steht der dafür gemachte Aufwand in keinem Verhältnis zu dem damit erzielten Nutzen für einen grossen freien, nach aussen geschützten Binnenmarkt. Das ist angesichts eines bereits 1994 jährlichen Budgets von nahezu 130 Milliarden Schweizerfranken sehr schwerwiegend. Hat bereits zu heftigen Debatten innerhalb der EU geführt und ist einer der wichtigsten Reformpunkte seitens der Deutschen

und Franzosen. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass ein grosser Teil dieses Budgets, zu mehr als 2/3, für verschiedene Struktur-Fonds, Entwicklungshilfe und Unterstützung einzelner Mitgliederstaaten verwendet wird. Davon profitieren in erster Linie Irland und Griechenland, aber auch der "Mezzogiorno" in Italien, Spanien, Portugal, sogar Ostdeutschland, die Landwirtschaft in Frankreich und neuerdings Finnland, um nur die wichtigsten zu nennen. Wie d'Aubert in seinem Bericht dokumentarisch belegt, geht ein bedenklich hoher Prozentsatz dieser Hilfe "unterwegs" zu den Nutzniesser bei vielen *obskuren Vermittlern, offiziellen und weniger offiziellen Stellen*, wenn nicht gar bei der *Mafia verloren*. Für einen Nettozahler (ein Staat der mehr in die EU-Kasse zahlt als er daraus erhält, wie das für unser Land bei seinem Beitritt der Fall sein dürfte) ist das nicht gerade eine sehr attraktive Perspektive! Auf jeden Fall wird uns unsere Mitgliedschaft nicht nur finanziell, sondern auch politisch und wirtschaftlich mehr kosten als der damit verbundene Nutzen. Die Frage ist berechtigt "Für was?" - nur um sagen zu können, *man sei dabei*, man "denke also fortschrittlich". In Wirklichkeit aber gibt man sich, wie das aus den Ausführungen Delors und d'Aubert klar hervorgeht, nur der *Illusion* hin, bei der Gestaltung des zukünftigen Europa mitreden und irgendwelchen Einfluss ausüben zu können.

Zudem müsste unser Land noch in Kauf nehmen, nicht nur von den Bewohnern der Mitgliedstaaten überrannt zu werden, sondern vor allem von Menschen aus der übrigen Welt, die wegen den laxen Grenzkontrollen gewisser EU-Länder relativ leicht in die Gemeinschaft einzudringen vermögen. Die EU präsentiert sich vielleicht nach aussen als der Zusammenschluss unabhängiger Staaten, in Wirklichkeit, so d'Aubert, wird sie nach innen von einer *schwerfälligen Technostruktur* und einem bereits heute erschreckende Ausmasse annehmenden *Konglomerat* von

internationalen und nationalen, nachlässigen oder korrupten Technokraten, Beamten, Experten, Beratern, Lobbyisten, internationalen Geschäftsleuten jeder Art, einschliesslich der neu entstandenen *EuroMafia* ("Euromerta" genannt) dirigiert. In die EU integriert würden wir davon noch mehr, als dies bereits der Fall ist, erfasst werden.

Schlussfolgerung

Die eingangs erwähnten Fragen können in *keinem Punkt positiv beantwortet werden!*

Das heisst nicht, dass die EWG, später die EG und neuerdings die EU keine positiven Seiten bezüglich dem freien Handel und eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa aufweisen. Aber irgendwie, da zeichnen d'Aubert aber auch Delors das gleiche ernüchternde Bild, drängt sich der Eindruck auf, dass beim Aufbau eines einheitlicheren Europas nicht nur alles viel harziger läuft, sondern dass man auch beim bisher Erreichten eher rückwärts geht.

Wie immer die Entwicklung verläuft, sollten wir jetzt in der Schweiz unsere europäische Zukunft nicht mit Hypotheken belegen, die auf jeden Fall von der gegenwärtigen Wirklichkeit in keiner Weise gerechtfertigt werden!

VERFASSUNGSWUNSCH: BESSERE WAHLCHANCEN FÜR PARTEILOSE

Seit der Einführung des Proporz bzw. der Verhältniswahl mit der Revision des Art. 73 der Bundesverfassung am 13. Okt. 1918 sind die Chancen eines Parteilosen in den Nationalrat gewählt zu werden äusserst gering. Doch seit 1918 haben sich die Verhältnisse im politischen Leben der meisten westlichen Demokratien geändert. Es besteht ein echtes Interesse an Persönlichkeiten, die *direkt von den Stimmbürgern als Kandidaten* bezeichnet und gewählt werden.

Diese "Unmittelbarkeit" bei der Wahl eines Volksvertreters wird als wesentliche Voraussetzung betrachtet, damit dieser nicht nur Partei- oder Gruppeninteressen nach genau festgelegten Richtlinien vertritt, sondern sich von Fall zu Fall, nach bestem Wissen und Gewissen und in ständigem Kontakt mit seinen Wählern, für das einsetzt, was er im allgemeinen Interesse des Landes als richtig erachtet. Der heute so oft geltend gemachte Graben zwischen Stimmvolk und Parlament, damit auch zum Bundesrat, könnte besser überbrückt werden als dies mit dem festgefahrenen System der Bezeichnung der Kandidaten durch die Parteien der Fall ist.

Wenn schon die Bundesverfassung revidiert werden soll, dann wäre es gut wenn wir alle - nicht nur eine von Bern auserwählte "Elite" - darüber nachdenken, wie das *Vertrauen der Wähler* wieder herzustellen wäre:

Die Ausgangsbasis ist klar - heute kann defacto nur derjenige dem Volk zur Wahl in den Nationalrat unterbreitet werden, der von einer Partei vorgeschlagen bzw. auf einer der zugelassenen Partei-Wahllisten figuriert. Wenn auch theoretisch die Möglichkeit einer freien Liste besteht, so sind wegen des Proporz-Systems die Chancen, als

Parteiloser gewählt zu werden, äusserst gering wenn nicht gar null.

Innerhalb einer Partei kommt nur derjenige zum Zug, der von den entscheidenden Instanzen, um nicht zu sagen vom Partei-"Establishment", vorgeschlagen und unterstützt wird. Die breite Wählerschicht ist weder daran beteiligt noch wird sie bei der Bezeichnung der Kandidaten befragt. Sie hat sich lediglich an der Urne für die ihr "vorgesetzten" Kandidaten zu entscheiden.

Der Nachteil dieses Systems ist, dass sich der gewählte Volksvertreter gegenüber seiner Partei verpflichtet fühlt und: in den seltensten Fällen den Mut hat, von den *Parteidirektiven abzuweichen*. Ein solches Problem würde für einen Parteilosen weniger bestehen. Er könnte im Parlament wirklich nur für das stimmen, was er von sich aus im allgemeinen Interesse des Landes als richtig erachtet. In der Regel ist heute ein Vertreter im Nationalrat bei seinen Entscheidungen nicht nur durch die Richtlinien seiner Partei, sondern zudem noch aus verschiedenen, nicht zuletzt auch wirtschaftlichen und finanziellen Gründen eingeengt.

Die unmittelbare Beteiligung der breiten Masse der Stimmbürger bereits bei der Bezeichnung der Kandidaten - ähnlich wie das früher bei den Landsgemeinden war - könnte ein erster Schritt zur Wiederherstellung des verloren gegangenen Vertrauens sein. Zu prüfen wäre deshalb, das Proporz- genau so wie das frühere Majorz-System durch einen Wahlmodus zu ersetzen, der an Stelle der verschiedenen Parteilisten nur eine *einzigste offizielle Wahlliste* (wie bei den französischen Präsidentschaftswahlen) für einen ersten Wahlgang vorsieht. Auf diese Liste kann jeder wahlfähige Schweizerbürger gesetzt werden, der von 300, 500 oder gar tausend Stimmbürger schriftlich vorgeschlagen wird, wobei selbstverständlich (und behördlich

kontrolliert) ein Stimmbürger seine Stimme nur einem Kandidaten geben kann.

Zu einem zweiten Wahlgang werden dann wiederum auf einer einzigen offiziellen Wahlliste nur noch dreimal soviel Kandidaten als der betreffende Wahlkreis Sitze hat zugelassen und die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erreicht haben. Im ersten und im zweiten Wahlgang kann der Stimmbürger auf den offiziellen Wahlliste jeweils nur soviel Namen anstreichen als der betreffende Wahlkreis über Sitze verfügt. Als gewählt im zweiten Wahlgang gelten dann die Kandidaten, die an der Spitze im Rahmen der verfügbaren Sitze sind.

Ein *revolutionäres System*? oder gar ein Hirngespinnst? Vielleicht, aber auf jeden Fall ein System, das mit der in den meisten westlichen Demokratien festgefahrenen Situation bei den bestehenden Parteien Schluss machen würde. Es geht auch gar nicht darum, die politischen Parteien abzuschaffen oder auf die Seite zu drücken, sondern vielmehr darum, den Stimmbürgern wieder die Gewissheit zu geben, dass sie bei der Auswahl der Kandidaten, genau so wie bei der anschließenden Wahl ein entscheidendes Wort mitzureden haben!

Auf jeden Fall könnte damit das Interesse am politischen Geschehen neu geweckt werden. Das neue System hätte noch den Vorteil, die Kombinationen und Rechenkünste bei Wahlen abzuschaffen. Gewählt würde nicht, wer den Parteien, den diversen Finanz- und "Pressuregroups" genehm ist, sondern wer das Vertrauen einer, allerdings nur einfachen Mehrheit von Stimmbürgern erhält. Eine wichtige Voraussetzung dazu wären eine behördlich kontrollierte und vollständig *objektive Information über die einzelnen Kandidaten* vor beiden Wahlgängen: Gleiche Zeit am Radio und Fernsehen und gleichviel Raum in den

Printmedien. Mit auf diese Weise gewählten Volksvertretern würden die Verhandlungen im Nationalrat wieder lebendiger. Sie würden ausgefahrene Geleise verlassen. Die Abgeordneten könnten nicht mehr aneinander vorbeireden, sondern sie müssten miteinander reden. Sie müssten versuchen, im kreativen Gespräch Lösungen zu finden, die weniger vorbelastet und deshalb wiederum mehr auf das allgemeine Interesse ausgerichtet zu sein hätten!

Original Text vom 1.Juli 95
publiziert am 11.Juli 95 Basellandschaftliche Zeitung.

WER WILL SCHON IN DIE EU?

Das Welschland und Europa

Die Frage ist heute schwierig zu beantworten. Sind es wirklich - wie die Medien behaupten - mehrheitlich die Westschweizer? Oder wird der "Röstigraben" nur von jenen beschworen, die aus ganz spezifischen Interessen - die in den wenigsten Fällen mit dem angeblichen Gegensatz zwischen Deutsch- und Westschweiz etwas zu tun haben - versuchen, dem Schweizervolk einzureden, eine *Zukunft ohne EU-Beitritt* sei für unser Land nicht denkbar.

Auf jeden Fall kann schon heute eine Wette eingegangen werden: Würde die Schweiz tatsächlich der EU beitreten und würde danach die ungebremste Regulierungssucht des supranationalen Gebildes in Brüssel in seiner ganzen Wucht über die Schweiz hereinbrechen, dann wären die Romands mit Sicherheit die ersten, die sich gegen den alles einschränkenden Dirigismus wortreich auflehnen würden. Bei mehr als 2130 Gemeinschafts-Erlassen, die gemäss dem Zwischenbericht des Bundesrats vom 29. März 1995 bis Ende 1994 von dem Rumpf-EWR übernommen werden mussten und die auf dem Schleichweg der sogenannten Swisslex in unsere Gesetzgebung eingebaut wurden, wäre dies keineswegs verwunderlich. Sind es doch gerade die Romands, die sonst so empfindlich auf alles, was von Bern kommt, reagieren!

Aus der langen Liste solcher schon heute mit Sicherheit voraussehbarer Enttäuschungen seien nur einige, besonders frappierende Beispiele erwähnt.

Enttäuschung der Medien

Die meisten westschweizerischen Printmedien erhoffen von einem Beitritt zur EU eine beträchtliche Ausweitung ihrer Ausstrahlungskraft und damit ihres in der Schweiz viel zu kleinen Marktes. Ihr täglicher *Kampf zum Überleben*

- es sei nur an das Schicksal der "La Suisse" erinnert
- hat sicher seinen Grund auch darin, dass sie mit der nun seit Jahren systematischen Hetze gegen alles aus der Deutschschweiz, besonders auch in der Europafrage, die Leser jenseits des Röstigrabens vor den Kopf stossen. Das gleiche gilt vom westschweizerischen Fernsehen. Es ist einfach undenkbar, dass Leser oder Zuhörer angezogen werden können, wenn bei jeder Gelegenheit, insbesondere nach eidgenössischen Abstimmungen, die Deutschschweizer pauschal als hinterwäldnerisch und hoffnungslos borniert beschimpft werden.

Anstatt die Überlebenschancen der westschweizerischen Medien in etwas mehr Öffnung und Objektivität den Deutschschweizern gegenüber zu suchen, glauben sie ihr Heil in einem *Anschluss* an die grossen französischen Medien suchen zu müssen, was nach Meinung führender westschweizerischer Persönlichkeiten nur bei einem Beitritt zur EU möglich wäre.

Man sollte einmal die Belgier fragen, wie es in Wirklichkeit um dies "Francophone Solidarität" bestellt ist? Wer die komplexe, von inneren Kämpfen und von ständigen staatlichen Eingriffen geprägte französische Medienszene kennt, der weiss, dass es nach einem Beitritt zur EU nicht lange dauern wird, bis von einigermaßen unabhängigen westschweizerischen Medien überhaupt keine Rede mehr sein kann!

EU-Zentrum in der Schweiz ?

Massgebende Kreise der Westschweiz, insbesondere die "classe politique" in Genf und dem Waadt, sind davon überzeugt, dass sie gleich, wie für die UNO, zu einem Ab-leger bzw. eine Art *regionales Zentrum der EU-Organen* für einen grossen Teil der Schweiz werden können. Sie vergessen dabei, dass die UNO-Stellung von Genf mit finanzieller Unterstützung der ganzen Schweiz, und zwar mehr-

heitlich mit deutschschweizerischen Steuergeldern, erkaufte wurde. Zudem wäre es eine Illusion dabei an eine massgebende Unterstützung der Franzosen zu glauben. Eine tief verwurzelte Eifersucht gegenüber den doch relativ besser geordneten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen in unserem Lande, nicht zuletzt auch der Neid dem starken Schweizer Franken gegenüber, die auf jeden Fall besser funktionierende Demokratie und vieles andere mehr haben schon immer *die Franzosen uns gegenüber negativer eingestellt* als zum Beispiel die Engländer, Italiener, Spanier und vor allem die Deutschen. Kurioserweise manifestiert sich diese negative Einstellung viel häufiger den Romands gegenüber als den Deutschweizern.

Wenn schon im Falle eines Beitritts seitens der EU überhaupt irgendwelche regionale Zentrumsfunktionen vergeben werden, dann ohne Zweifel an Orte wie Bern, der Raum Zürich oder die Regio Basiliensis. Das ist seinerzeit am Treffen in Basel von Bundeskanzler Kohl viel deutlicher gesagt worden als mit den schönen, aber nicht sehr substantiellen Erklärungen Mitterands. Mit Hochsavoyen als besonderes Problemkind, die Konkurrenz von seitens des Raumes Lyon mit der Ambition eines Paris II bieten sich für Genf keine besonders aussichtsreichen Chancen. Ganz im Gegenteil zu Basel am Dreiländereck, der von Paris aus entwicklungspolitisch besonders geförderten Region um Mulhouse, Belfort/Besançon und dem dynamischen Baden Württemberg.

Mitreden, Mitentscheiden, Mitgestalten

Möglicherweise gelingt es einigen unserer begabten westschweizerischen Diplomaten, Politiker und hohen Beamten bei den "hohen" Behörden der EU einen wichtigen und gutbezahlten Posten zu ergattern - Generaldirektoren und Direktoren, Generalsekretäre und Präsidenten der ver-

schiedensten Ausschüsse gibt es ja bei der Verwaltung in Brüssel, mit ihrem weitmaschigen administrative Netz von Experten- und Abreitsgruppen, haufenweise.

Bereits bei der Besetzung wenigstens eines Sitzes in der Kommission dürften die ersten Enttäuschungen eintreten. Wie Delors in dem vielzitierten Buch über seine Gespräche mit Dominique Wolton (L'unité d'un homme, Ed. Odile Jacob, Nov.1994) festgestellt hatte, kann die Zahl der Mitglieder der Kommission nicht beliebig erhöht werden. Besonders dann, wenn die Zahl der EU-Mitglieder von heute 15 auf 24 oder mehr anwachsen sollte. Im günstigsten Falle gäbe es entsprechend der Idee einer EU der "Zwei Geschwindigkeiten" auch zwei oder drei Kategorien von Kommissaren. Richtig, antworten die Beitritts-Befürworter der Westschweiz, aber die zwei oder drei Kategorien in der EU richten sich dann nach dem Grad der Integrationsfähigkeit in die europäische Währungsunion und da habe die Schweiz weit bessere Chancen als die Mehrheit der anderen Mitglieder. Man brauche dann eben die schweizerischen Bank- und Finanz-"Genies", die sich schon seit Jahrhunderten von Genf aus in Frankreich manifestiert haben. Sicher, aber zum Leidwesen unserer westschweizerischen Miteidgenossen ist damit zu rechnen, dass ein solches "Genie" eher auf dem Finanzplatz Nr. 1 unseres Landes, nämlich Zürich, gesucht werden wird.

Was das *Mitreden* anbelangt, so darf noch einmal Delors zitiert werden, der auf eine Frage Woltons ziemlich unumwunden antwortete, er habe wenig Zeit gehabt, sich mit den einzelnen Kommissaren zu besprechen und deren Rat schläge einzuholen. Hätte er das getan, dann wären mehr als 40% der verfügbaren Zeit draufgegangen. Sein Kabinett habe jeweils die Geschäfte für seine Empfehlungen an die Regierungen viel rascher vorbereitet. Von *Mitreden und Mitentscheiden* darf da nicht viel erwartet wer-

den - noch weniger von einem *effektiven Mitgestalten* als Vertreter eines so kleinen Mitgliedlandes wie die Schweiz: Auch wenn es sich bei unserem Lande bei einem EU-Beitritt um einen wichtigen Nettozahler - der mehr in die Gemeinschaftskasse zahlt als er von ihr erhält - handeln würde. Die Finnen, aber auch die Österreicher und Schweden haben dies inzwischen genau so gemerkt, wie vor ihnen die Dänen und viele der anderen kleineren EU-Mitglieder.

Der Vorteil der Sprache

Für Uneingeweihte besteht nach wie vor der Eindruck, dass das *Französisch die Sprache der europäischen Integration* geblieben ist. Seit den Zeiten der alten OECE (Organisation Européenne pour la Coopération Economique) den Anfängen der europäischen Gemeinschaften, Montanunion, EWG und das Euratom, in welchen das Deutsch nur allmählich als offizielle Sprache anerkannt wurde, hat sich viel geändert. Die Domination des Französischen wurde aus rein praktischen Gründen durch das Englisch ersetzt, um neuerdings schon von der wirtschaftlichen Bedeutung her durch das Deutsche ergänzt zu werden. Die Illusion der Romands bei einem Beitritt der Schweiz zur EU würde sich das Französisch als ein Vorteil erweisen, ist heute allein schon deshalb überholt, weil die äusserst perfekten Simultanübersetzungssysteme sprachliche Nachteile vollständig eliminiert haben. Die Deutschschweizer müssen sich deshalb nicht mehr, wie das noch bis in die 70iger Jahre der Fall war, eines betretenen Schweigens befleißigen aus Angst, mit einem holprigen französisch oder englisch aufzufallen. Auch die Wendigkeit und Eleganz, mit der die meisten französisch sprechenden Delegierten zu glänzen pflegten, ist proportional zur wachsenden *Technizität* und *Präzision* der behandelten Themen, besonders im wirtschaftlichen, durch eine *nüchterne, technokratische Fachsprache* ersetzt worden, der

sowohl das Englische als auch das Deutsche besser entsprechen dürfte als das Französische. Abgesehen davon werden die Franzosen ihre Stellung als eine der zwei wichtigsten EU-Nationen auch auf sprachlichem Gebiet nicht so leicht an andere francophone Länder abtreten. Daran ändern auch die netten Worte Chiracs an der 50 Jahrefeier der UNO in Genf nichts.

Wegfall der Grenzen

Mit dem Wegfall der Grenzen, so hoffen die Romands, würden sich die angeblich angeschlagenen "*Standort-Vorteile*" der Schweiz, besonders von Genf und Lausanne, im Personenverkehr, im Tourismus, im Waren- und Dienstleistungssektor, aber auch inbezug auf einen erleichterten Kapitaltransfer wiederum verbessern; wenn nicht gar Anlass zu neuen Vorteilen geben. Die bereits heute feststellbaren Anzeichen sehen leider anders aus:

Typisch ist da einmal die Tatsache, dass Frankreich den im Abkommen von Schengen vorgesehenen vollständigen Abbau der Grenzkontrollen zunächst einmal auf 6 Monate, wohl aber, angesichts der gegenwärtigen Terror- und Attentatswelle in Frankreich, noch auf längere Zeit verschoben hat. Der Grund dazu ist die vollständig ungenügende Kontrolle an der gemeinsamen Aussengrenze der EU, aber aus französischer Sicht auch die in der Schweiz selber ungenügende Kontrolle, sodass tausende von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden, vor allem auch zunehmend gefährlichere Kriminelle, Geldwäscher, Drogenschieber und Terroristen jeder Art über den europäischen Raum und bereits heute auch über die Schweiz nach Frankreich eindringen und sich ungehindert auf die anderen EU-Staaten ausbreiten. Das gemeinsame *Europol-Polizeisystem* erscheint auf dem Papier und in den superinformatisierten Strukturen perfekt: Gegenüber der Wirklichkeit hat es sich indessen bisher kaum bewährt. Um

so leichtfertiger erscheinen angesichts dieses Ungenügens von Europol Behauptungen des schweizerischen Justizministers, wonach die Schweiz nur als Mitglied der EU die durch Ausländer verursachte Kriminalität und Unsicherheit unter Kontrolle bringen könne. Frankreichs neuer Innenminister Debré ist da ganz anderer Auffassung.

Bei einem allfälligen EU-Beitritt der Schweiz müssten die Romands von der damit verbundenen Öffnung der Grenzen sogar damit rechnen, von der französischen Kriminalität weit stärker als heute belastet zu werden, weil zahlreiche Kriminelle, besonders auch Terroristen und politische Flüchtlinge vor der gegenwärtig überorganisierten Strafverfolgung in Frankreich ins Welschland und von dort in die übrige Schweiz auszuweichen versuchen. Als ob wir mit bald 30% Ausländer und der bereits jetzt ziemlich stark eingewanderten "*Euromafia*" *nicht schon genug Probleme hätten.*

Die Öffnung der Grenzen würde sich gerade in der Westschweiz auch für den Kleinhandel und das Gewerbe katastrophal auswirken indem noch mehr als bisher die Schweizer ihre Einkäufe in Frankreich besorgen und das billigere französische Gewerbe und Handwerk bevorzugen würden. Zudem würden wir mit relativ *billigen Arbeitskräften* überflutet werden. Unsere immer noch in der Romandie vorhandenen qualifizierten Unternehmen und Arbeitskräfte würden in vermehrtem Ausmass nach dem EU-Raum auswandern. Die Schweizer würden wegen dem *starken Franken* ihre Ferien noch häufiger in Frankreich verbringen, dafür würden die Franzosen einen grossen Bogen um die Schweiz machen. Es gäbe noch eine ganze Reihe anderer Beispiele, wie die nachteiligen Folgen der Landwirtschaftspolitik der EU auf den florierenden Weinbau in der Westschweiz, die Milchwirtschaft, insbesondere auch mit den neuerdings bereits festgestellten nach-

teiligen Auswirkungen der billigeren französischen Milch auf die weltweit bekannte schweizerische Schokoladenproduktion, unsere Käsewirtschaft usw. usf.

Warum also diese fanatische Befürwortung eines Beitritts zur EU?

Angesichts all dieser Tatsachen fragt sich der unvoreingenommene, der Romandie besonders zugetane Schweizer, weshalb die *westschweizerischen Miteidgenossen* eigentlich so *fanatisch* auf einen raschen EU-Beitritt versessen sind?

Ist es ein angeblich unsolidarisches Verhalten der Deutschschweiz den Romands gegenüber? Wenn ja in welcher Beziehung? Etwa weil wir in guten Treuen anderer Meinung in der Europafrage sind, die wie gezeigt wurde, der Westschweiz im Falle eines Beitritts noch mehr Nachteile als der Deutschschweiz bringen würde?

Oder sind es die *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* der Westschweiz? Wofür die Ursachen vielleicht nicht nur den Deutschschweizern allein angelastet werden dürfen, sondern zu einem Teil auch bei den Romands selber zu suchen wären.

Oder findet die Polemik gegen die Deutschschweiz die Ursache in Kreisen, die an einem Beitritt zu EU aus Gründen interessiert sind, die *wenig mit dem Allgemeinenwohl des Landes* zu tun haben?

Oder wird die entfachte Polemik von der *Rechthaberei* jener diktiert, die es noch immer nicht verkraften können, dass das Schweizervolk in der Europafrage nicht ihren Empfehlungen gefolgt ist?

Das wäre sehr schade für unsere direkte Demokratie, um die uns viele Länder auf der ganzen Welt beneiden.

Sollte es diesen Kreisen gelingen, das Volk umzustimmen, nur um Recht zu behalten, dann würde die Zukunft unseres Landes bedenklich aussehen! Alle diejenigen, die als Deutschschweizer tief in ihrem Herzen francophon sind, würde es besonders schmerzen, wenn der Anstoss dazu von der Westschweiz käme. Da würde es auch nichts mehr nützen, wenn die Romands bei einem Beitritt die ersten wären, die am meisten unter dessen Folgen leiden und als erste darüber klagen würden.

Aus all dem ergibt sich, dass bevor wir an Europa denken, wir uns der *Schweiz bewusst werden* und wieder näher zueinander rücken sollten!

MÜSSEN WIR DIE PARLAMENTARIER "IM SACK KAUFEN"?

Die alte bulgarische Bauernweisheit "man kaufe eine Katze nicht im Sack", sondern sehe sich das Kaufobjekt vorher genau an, prüfe und probiere es, um ganz sicher zu gehen, dass es die Erwartungen erfüllt, gelangte ursprünglich nur bei der Brautschau zur Anwendung. Neuerdings wird diese Regel in allem und jedem benützt - und sie sollte auch in unseren Demokratien bei der *Wahl der parlamentarischen Vertreter* befolgt werden.

Denn einmal gewählt können die Volksvertreter tun und lassen, was sie wollen bzw. was ihnen von ihren Parteien oder den dahinter stehenden Kreisen vorgeschrieben wird. Die breite Masse der Wähler wird in den wenigsten Fällen gefragt, muss sich bei Reklamationen mit mehr oder weniger plausiblen Erklärungen zufrieden geben oder geduldig bis zu den nächsten Wahlen warten, um einen Volksvertreter allenfalls durch Nichtwiederwahl zur Rechenschaft zu ziehen.

Einer der Mitverfasser unseres heute noch gültigen Verfassungstextes sagte damals, dass sich die direkte Demokratie nur für kleine Staaten eigne, weil nur da jeder jeden kenne und so einen Kandidaten aus eigener Erfahrung beurteilen könne. Gerade das - so wird uns heute gesagt - werde durch die elektronischen Medien, insbesondere das Fernsehen, genau so gut, wenn nicht besser als an einer Landsgemeinde ermöglicht. Gross am Bildschirm die Gesichtszüge und Reaktionen eines Kandidaten studieren zu können und anzuhören, was er sagt und wie er auch auf schwierige Fragen antwortet, sollte doch jedem genügen, sich *ein Bild über die Person eines Kandidaten* zu machen. Theoretisch ist das ein bestechender Gedanke. In der Praxis läuft das aber ganz anders. Erstens wird nicht jedem Kandidaten am Bildschirm, wenn überhaupt, gleich

viel Zeit eingeräumt. Die moderne Technik ist - wie sich das an den französischen Präsidentschaftswahlen gezeigt hat - so perfektioniert, dass ein Kandidat möglichst vorteilhaft und der andere höchst nachteilig gezeigt werden kann. Das fängt schon mit dem *Blickwinkel* der Fernsehkamera an, der Schminke, der Position, Bekleidung und vielen anderen Kleinigkeiten. Dazu kommen die Fernsehmoderatoren, die mit ihren Fragen, vor allem mit ihren Unterbrechungen und Kommentaren, einen Kandidaten in kürzester Zeit effektiv "fertigmachen" oder einen anderen hoch hinaus bringen können.

Und was die Kandidaten uns über ihr Programm und ihre Ziele sagen, wie sie es sagen und wie es in allen anderen Medien verbreitet wird, das alles stammt in der Regel aus der Küche der heute so mächtig gewordenen Polit-Werbespezialisten. Natürlich kostet das Geld, sehr viel Geld, von dem nicht jeder Kandidat gleich viel hat: Die einen können leichthin dank der hinter ihnen stehenden finanzkräftigen Kreise 600'000, 800'000 oder gar eine Million Franken und mehr für einen Nationalratssitz ausgeben, die anderen müssen sich mit einigen Tausendern zufrieden geben.

Dieses breitmaschige Gewebe von Manipulationen im Zusammenhang mit der Wahl eines Volksvertreters breitet sich wie ein *undurchsichtiger Schleier* vor dem Wähler aus, sodass er effektiv die "Katze im Sack" kaufen muss. Er mag noch so viele Stunden vor dem Bildschirm verbringen, haufenweise Zeitungen durchblättern oder von einer öffentlichen Gesprächsrunde zur anderen eilen - er wird nicht klüger als zuvor. Resigniert nimmt er dann die Liste der ihm sympathischsten Partei in die Hand, ändert vielleicht ein paar Namen und wählt die Frau oder den Mann, die dann vier Jahre lang nicht seine Interessen wahrnehmen, sondern die im Geiste unserer Verfassung nach bestem Wissen und Gewissen, möglichst unabhängig von irgendeiner "Pressure"-Gruppe, das Beste für das

Land zum Inhalt ihrer parlamentarischen Tätigkeit machen sollten.

Sehr bald nach den Wahlen setzt dann die *Ernüchterung* ein, *Enttäuschung*, *Zorn* und *Resignation* - "die da in Bern machen ohnehin, was sie wollen"! Also Schluss mit der Politik: Damit aber auch Schluss mit der Demokratie! Oder wenn man jung, hitzköpfig und radaufreudig ist - es gibt diese Wähler auch bei den älteren Semester- dann geht man auf die Strasse. Dann wird die Demokratie zur Regierung der am *lautesten pöbelnden Minderheit*.

Was tun? Auf jeden Fall wären in der bevorstehenden Verfassungsreform klare Vorschriften, ein " Code of good conduct" für Parlamentswahlen aufzustellen. Es braucht harte Bedingungen für die Qualifikation eines Kandidaten, wobei der Nachweis vollständiger Unabhängigkeit (einschliesslich aller Verwaltungsratsmandate und anderer finanzieller Verknüpfungen) im Vordergrund stehen sollte. Vor allem aber bräuchte es eine Regel, die im Sinne einer General- prävention die einzelnen Volsvertreter während der Aus-übung ihres Mandats dazu zwingt, sich ständig des bei ihrem Amtsantritt abgelegten Eids bewusst zu sein und danach zu handeln. Zu diesem Zwecke sollte den Stimm-bürgern das Recht zustehen zu verlangen, dass sich der von ihnen gewählte Volksverttrter noch vor Ablauf der Legislaturperiode zu einer Art Bestätigungs- oder Abwahl stellt, wenn dies eine bestimmte Anzahl Stimmberechtigte (die natürlich seinem Wahlkreis angehören müssen) verlangen.

Schliesslich wäre - wie das die Erfahrungen bei unseren Nachbarn zeigen - auch unser Strafrecht noch straffer zu fassen, um die leider heute überall zur Mode gewordenen Unregelmässigkeiten (lies Korruption) wirksam bekämpfen zu können.

Original Text vom 8.September 95 publiziert am 19.Sept.95 Basellandschaftliche Zeitung.

VERFASSUNGSREFORM UND PARLAMENTSWAHLEN **Die Zukunft der direkten Demokratie**

Der Bundesrat will mit der von ihm eingeleiteten *Total-revision der Bundesverfassung* in erster Linie die Volksrechte ändern, insbesondere Referendum und Initiative erschweren. Eine entsprechende Regierungs- und Parlamentsreform soll dann erst später etappenweise erfolgen.

Einmal mehr ist also nur eine Reform in Etappen auf dem Programm. Ein *gefährliches Vorhaben*, weil dadurch das bereits äusserst *labile Gleichgewicht* zwischen dem Volk, dem Parlament und der Regierung einseitig noch mehr zugunsten des Bundesrats verschoben wird. Ein Ziel, das auch das Parlament herausfordern muss - was der Wähler im Blick auf die Wahlen am 22. Oktober besonders zu gewichten hat.

Die geltende Ordnung

Die Gewaltentrennung in der geltenden Bundesverfassung wird heute in der Schweiz zunehmend beeinträchtigt, weil das Parlament seine Aufgabe zur Kontrolle der Regierung nur noch ungenügend erfüllen kann. Immer öfter muss der Souverän mit dem Mittel des Referendums für eine Korrektur der allzu *eigenmächtigen Politik des Bundesrats* sorgen.

An sich sollte die Wahl des Bundesrats durch die Bundesversammlung eine gewisse Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative bewirken. So war es wenigstens von dem geltenden Verfassungstext gewollt. Aber bereits bei der Wahl der Mitglieder des Bundesrats ist das Parlament bzw. die Bundesversammlung sehr eingeschränkt. Zunächst ist wegen der 1950 eingeführten "Zauberformel" auf die Verteilung der Sitze zwischen

den sogenannten Bundesratsparteien zu achten: Damit auch auf die zahlreichen oft schwer überblickbaren Abmachungen zwischen den eigentlichen Machthaber unseres Polit-Establish-ments, einem Konglomerat massgebender Parteileitungen, führender Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft und Finanz, Gewerkschaften und Arbeitgeber, den Medien, massgebender Werbefirmen und Persönlichkeiten dieses in der Politik immer mehr an Bedeutung gewinnenden Berufsstandes. Ferner hat das Parlament bei der Wahl eines Bundesrats auf Sprache und Kantonszugehörigkeit und neuerdings auch auf eine angemessene Vertretung der Frauen zu achten. Von der Auswahl des *am besten qualifizierten und überzeugendsten Vertreters* unserer Demokratie, der zudem, wie bei einer Direktwahl, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes genießt, kann da immer weniger die Rede sein.

Bundesrat - kaum kontrollierbar

Die wirksame Kontrolle des Bundesrats durch das Parlament wird dadurch erschwert, dass unsere Verfassung, im Gegensatz zu den meisten parlamentarischen Systemen anderer Länder, kein *Misstrauensvotum* kennt. Unsere Bundesversammlung kann deshalb weder ein einzelnes Mitglied des Bundesrats oder das ganze Gremium vor Ablauf der auf vier Jahre festgesetzten Amtsdauer zum *Rücktritt zwingen*. Die enge Vernetzung zwischen den Parteien und die gegenseitige Rücksichtnahme hat zur Folge, dass in den wenigsten Fällen seit dem Inkrafttreten der geltenden Verfassung ein Bundesrat zum Rücktritt gezwungen oder nach Ablauf einer Legislaturperiode nicht wiedergewählt wurde. Wie einmal ein bekannter schweizerischer Staatsmann sagte, es liege an den Parteien (heute würde man sagen vor allem an den Medien), einem Bundesrat "schmackhaft" zu machen, es sei an der Zeit, in den Ruhestand zu gehen.

Diese Situation verleiht unserem obersten Exekutivorgan eine grosse Stabilität. Mit den Jahren wurde dadurch und infolge der Absenz einer eigentlichen Opposition *die politische Homogenität zwischen Bundesrat und Bundesversammlung* gefördert. Das hat in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wesentlich zu einer Kontinuität der Staatsleitung und der Politik und damit zu der heutigen wirtschaftlichen Prosperität und zum hohen Lebensstandard unseres Landes beigetragen. Nach dem zweiten Weltkrieg haben sich aber die Verhältnisse geändert. Die wenigen Wechsel in der Zusammensetzung des Bundesrats und dessen fortwährende Kompetenzerweiterung hat die Regierung von der Bundesversammlung immer unabhängiger werden lassen; ihren politischen Einfluss verstärkt und dementsprechend klar erkennbare "autoritäre" Züge angenommen. (vgl. Fleiner/ Giacometti, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 1949, S. 576 f) Das Vollmachtenregime der letzten zwei Weltkriege, vor allem aber auch der fortschreitende Multilateralismus haben diese Tendenz eines wachsenden autoritären Verhaltens des Bundesrats nicht nur der Bundesversammlung, sondern neuerdings auch gegenüber dem Souverän verstärkt. Anders wäre es gar nicht möglich, dass sich der Bundesrat in den letzten Jahren ständig über die Entscheidungen des Volkes z.B. in der für die Zukunft unseres Landes so entscheidenden Europafrage hinwegsetzen kann, ohne vom Parlament, den Parteien oder der öffentlichen Meinung, insbesondere den Medien, gebremst zu werden. Offensichtlich hat sich die politische Praxis von der Idee, welche der schweizerischen Bundesverfassung zugrunde lag, bereits beträchtlich entfernt.

Die dringlichste Reform

Bemerkenswert *autoritär* gehen Bundesrat und das hinter ihm stehende Polit-Establishment auch bei der Totalrevision der Bundesverfassung vor. Der kürzlich veröffentlichte

Entwurf belegt - einmal mehr - die "*bewährte*" *Salamitaktik*: Zwei Phasen sollen abgewickelt werden. In der ersten Phase sollen nur die Formulierungen nachgeführt und modernisiert werden. Dagegen ist grundsätzlich wenig einzuwenden - selbst wenn in den Einzelbestimmungen noch manche Falle für das Funktionieren unserer direkten Demokratie versteckt sein dürfte. Kernstück der bundesrätlichen Vorschläge ist aber die geplante Reform der Volksrechte nach einem altbekannten Rezept: Man gibt dem Volk zusätzliche, belanglose Rechte beschneidet dafür das wichtigste Recht - Referendum und Initiative - indem seine Ausübung sachlich und formell (Unterschriftenzahl) erschwert wird.

Wenn schon die Volksrechte, als einer der wesentlichsten Bestandteile des *Gleichgewichts in der Gewaltentrennung* unserer Staatsordnung geändert werden, dann wären doch gleichzeitig die zwei anderen Teile dieses Gleichgewichts, die Parlaments- und Regierungsreform, an die Hand zu nehmen: Sofern man in Bern überhaupt an der Erhaltung dieses Gleichgewichts interessiert ist. Der Bundesrat aber vertröstet auf später, auf etappenweises Vorgehen nach dem "Baukastenprinzip".

Die Absicht ist klar: Zunächst sollen die Volksrechte eingeschränkt werden, weil sie die Regierung als lästig empfindet. Die Vormachtstellung des Bundesrats gegenüber dem Parlament soll unangetastet bleiben. Die Folge davon ist, dass der Bundesrat in seiner autoritären Politik, insbesondere auch in bezug auf einen Beitritt zur EU, fortfahren kann, ohne dabei durch die Volksrechte, dem einzigen Sicherheitsventil unserer Verfassung, gehindert zu werden.

Keine Teilreform der Verfassung

Als die geltende Verfassung geschaffen wurde, ist die

Frage, wer das oberste Organ unseres Bundesstaates wählen soll, eingehend diskutiert worden. Damals ging es, angesichts der turbulenten Verhältnisse in unserem jungen Staatswesen, um Kontinuität und Stabilität. Die Wahl des Bundesrats durch die Bundesversammlung auf eine feste Dauer und unter Ausschluss einer vorzeitigen Amtsentsetzung bzw. eines Misstrauensvotums wurde damals in Kauf genommen in der Meinung, das Volk habe es dank seinem Referendumsrecht jederzeit in der Hand, eine autoritär überbordende Staatsleitung des Bundesrats zu korrigieren oder gar abzustoppen. Zudem wurde vom einzelnen Parlamentarier erwartet, dass er, einmal gewählt, seine Entscheidungen unabhängig nach bestem Wissen und Gewissen und weniger im Rahmen enger parteipolitischer oder anderer Instruktionen treffen würde. Auch die heute unkontrollierbaren politischen Beeinflussungsmöglichkeiten der Medien bestanden damals nicht in dem Ausmass, wie das heute vor allem dank Radio und Fernsehen zutrifft.

Inzwischen haben sich die *Verhältnisse grundlegend geändert*. Ein enges, schwer durchschaubares Netz gegenseitiger Beeinflussung und Abhängigkeit hat die Kontrolle des Bundesrats durch das Parlament - wie das dem Prinzip der Gewaltentrennung entsprechen würde - zumindest aufgeweicht. Entsprechend der vorstehend erläuterten Homogenität zwischen Regierung und Parlament werden in allen wichtigen Fragen Absprachen getroffen, die meistens auch von dem Polit-Establishment abzusegnet sind, bevor sie dem Volk als *fixfertige Vorlagen* serviert werden. Lehnt das Volk diese Vorlagen ab, so betrachten weder der Bundesrat noch das Parlament diese Ablehnung als ein wirklich ernst zu nehmendes Misstrauensvotum. Im Gegenteil, es wird an der einmal vom Bundesrat festgelegten Politik autoritär festgehalten. Mit Hilfe der Medien und recht viel Werbe-Millionen wird versucht, dem Stimmvolk

die *abgelehnte Vorlage mundgerecht zu machen* - nicht selten mit ungenügenden oder gar irreführenden Informationen, Drohungen und Einschüchterungen. Kein Wunder, dass bei einer solchen Behandlung das Stimmvolk zu beiden Organen weitgehend das Vertrauen verloren hat.

Ein neuer Verfassungsentwurf

Eine Verfassungsrevision, wie sie der Bundesrat vorschlägt, ist in diesem Stadium nicht nur vollkommen unannehmbar, sondern sie ist dem Stimmvolk gegenüber schlechtweg *ein Affront*: Reformen der Volksrechte ohne eine gleichzeitige Parlaments- und Regierungsreform sollten auf das strikteste abgelehnt werden.

Der Bundesrat oder noch besser ein von den Parteien, dem Parlament, der Regierung und der Bundesverwaltung *unabhängiger Verfassungsrat* sollte zunächst die sich angesichts der Wandlung der Zeit aufdrängenden Parlaments- und Regierungsreformen prüfen. Erst wenn darüber Klarheit besteht, wäre zu prüfen ob und in welchem Ausmass die Volksrechte anzupassen wären, damit das jetzt labile Gleichgewicht zwischen den Gewalten zumindest wieder in seiner ursprünglichen, wenn möglich in einer verbesserten Form hergestellt wird. Nur so kann ein einwandfreies Funktionieren der direkten Demokratie im Gleichschritt mit einer für die Probleme der Zukunft notwendigen dynamischen Leitung des Staates sichergestellt werden.

Die entscheidende Bedeutung der bevorstehenden Wahlen

Dem Bundesrat wird zu Recht der Vorwurf gemacht, dass er mit seiner defacto Teilrevision der Bundesverfassung im falschen Moment vorgeprellt ist. Er hätte korrekterweise die Parlamentswahlen abwarten sollen, um dann im Einvernehmen mit dem neuen Parlament zunächst einmal das richtig Vorgehen festzulegen. Dieses Vorgehen kann

nur ein unabhängiger Verfassungsrat sein.

Bis ein neuer *diskussionsfähiger Entwurf* vorliegt, geht es vor allem darum, den Bundesrat daran zu hindern, mit seiner vorstehend beschriebenen Vormachtstellung gegenüber dem Parlament die wichtigen Geschäfte, wie bisher, autoritär und ohne Rücksicht auf die Meinung von Volk und Ständen zu erledigen. Das wird eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der neu zu wählenden Volksvertreter sein. Dafür wird es Persönlichkeiten brauchen, die an den Fortbestand der Schweiz als unabhängiger Bundesstaat mit der bisherigen Form einer direkten Demokratie glauben und bereit sind, sich dafür einzusetzen. An ihnen liegt es, die Reform unserer Verfassung in die richtigen Bahnen zu lenken und bis dahin den Bundesrat dazu zu bringen, den ursprünglichen Verfassungstext wieder besser zu beachten.

WIR BRAUCHEN EINE REGIERUNGSREFORM

Wie krank ist unsere Demokratie?

Die Frage ist durchaus berechtigt, wenn ein Bundesrat (lies Otto Stich) kurz vor den eidgenössischen Wahlen demissioniert und damit die Wahl seines Nachfolgers dem neuen, in seiner Zusammensetzung geänderten Parlament entzieht. Damit wird auch der *Wille des Stimmvolks*, der sich bei Bundesratswahlen nur über die Volks- und Ständesvertreter manifestieren kann, umgangen.

Theoretisch gilt dies zwar nur bis zu den Gesamterneuerungswahlen zu Beginn einer Legislaturperiode, also im Dezember dieses Jahres, oder dann in Perioden von je vier Jahren. In Wirklichkeit aber kann der durch das Parlament in seiner alten Zusammensetzung gewählte Ersatz in seinem Amt solange bleiben wie er will. Abgewählt kann er nicht werden, und die Wiederwahl wird kaum verweigert.

Genau so fragwürdig ist es, wenn ein Bundesrat (hier Jean-Pascal Delamuraz) aus persönlichen oder taktischen Erwägungen kurz vor der Wahl des Ersatzes für einen vorzeitig zurückgetretenen Kollegen erklärt, an seinem Sitz festhalten zu wollen. Dadurch werden die an sich bereits sehr eingeschränkten *Auswahlmöglichkeiten* für den neuen Bundesrat noch mehr eingeengt. Der Partei des zurückgetretenen Bundesrats wird ein Übergewicht zugespielt, das weit über das ohnehin äusserst labile Gleichgewicht in unserer obersten Landesbehörde hinausgeht. Bei der Verteilung der Departemente musste das zu persönlich und sachlich unhaltbaren, ja ungerechten Lösungen führen. Besonders im sprachlichen Bereich bewirkte dies, dass gute westschweizerische Anwärter kaum mehr sehr grosse Chancen für einen Sitz im Bundesrat haben dürften. Es gibt wohl wieder nur eine Einer-Vakanz. So wird nicht nur der Graben zwischen der Romandie und der Deutschschweiz grösser, sondern das Stimmvolk fühlt sich

noch mehr frustriert; es stellt sich zu Recht die Frage, wozu denn noch zur Urne gehen und seine Volksvertreter wählen, wenn das Spiel schon vorher zum grössten Teil gelaufen ist?

Die Diagnose ist relativ leicht. Bei der Wahl der Mitglieder unserer obersten Landesbehörde hat das Stimmvolk direkt oder indirekt über seine Vertreter in den eidgenössischen Räten nicht viel zu sagen. Letztlich wird die Wahl eines Bundesrats von einer *relativ kleinen Zahl von Personen* entschieden. Diese Personen sitzen an den entscheidenden Stellen der Parteien, der massgebenden Kreise in Politik, Wirtschaft und Finanz, der Verwaltung und den Medien. Dieses *Polit-Establishment* denkt nicht daran die Karten aus der Hand zu geben. Deshalb beschränkt sich die gross angepriesene Verfassungsreform neben einer durchaus notwendigen sprachlichen Bereinigung auf Reformen bei den Volksrechten, der Justiz und auf die Ernennung von Staatssekretären: aber über eine eigentliche Regierungsreform schweigt sie sich.

Doch nötig wäre eine Regierungsreform, die dem Stimmvolk ein effektives, wenn möglich sogar direktes Mitspracherecht bei der Wahl der Mitglieder unserer obersten Landesbehörde einräumt und die es auch möglich macht, einen Bundesrat während der Amtszeit seines Amtes zu entheben oder gar den Gesamtbundesrat zur Demission zu zwingen: Zum Beispiel dann, wenn er eine Politik betreibt, die deutlich gegen einen Volksentscheid verstösst.

Die Einflussnahme des Volkes bei der Zusammensetzung des Bundesrats könnte vor allem aber auch dadurch verstärkt werden, wenn endlich auf das bestehende "Konkordanz"-System, bei dem möglichst alle massgebenden Parteien im Bundesrat vertreten sind, verzichtet wird. Dadurch würde die politische "Szene" in unserem Lande wieder belebt werden.

Die von vielen Zeitgenossen beanstandete Ziellosigkeit, Lethargie und Bequemlichkeit sowohl der Exekutive als auch der Legislative und damit auch des Stimmvolks würde als Folge der ständigen Auseinandersetzung zwischen der Regierung und einer starken und alerten Opposition verschwinden. Gleichzeitig würde wieder eine Politik möglich, die dynamisch und fortschrittsgläubig ist.

Die eingangs gestellte Frage ist leicht zu beantworten: Ja, unsere Demokratie weist ernsthafte Krankheitssymptome auf. Aber im Kern ist sie noch gesund; nur die in ihr vorhandenen Kräfte sind neu aufzuwecken durch eine gleichzeitig mit allen anderen Reformen durchzuführende Regierungsreform!

DAS "COMEBACK" DER RUSSEN AUF DEM BALKAN

Die Grossen - Clinton, Jelzin, Chirac, Mayor - hatten in New York abgemacht, noch vor Ende Oktober in Moskau zu einem *Prolog für die Friedensverhandlungen* in Bosnien zusammenzutreffen. Inzwischen hat Jelzin einen neuen Herzanfall erlitten und dürfte im günstigsten Falle nicht vor Monatsfrist zur Verfügung stehen. Heisst das, dass der Friedensprozess aufgehoben oder ohne Jelzin von den Amerikanern vorangetrieben wird? Machen auch die Russen ohne Jelzin mit? Bei der grossen Widerstandskraft "Borias" könnte es ihm gelingen, die Verhandlungen von seinem Spitalbett aus zu dirigieren.

Offensichtlich haben alle ein Interesse daran: Clinton im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen rasch zu einem Resultat zu gelangen; die Russen, um die sich nunmehr bietende *Chance für ein "comeback"* in der Balkanfrage nicht zu verlieren.

Erinnern wir uns: Zu Lebzeiten Titos, nach dem Fall der Berliner Mauer und beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens hatten die Sowjetunion und später Russland nicht mehr viel - weder in der Weltpolitik noch auf dem Balkan - zu sagen. Es waren Jelzin und sein Aussenminister Kosyrev, denen es gelang, das Versagen der UNO in Bosnien, das Hin und Her der USA, das Zögern der west-europäischen Staaten für ein "Comeback" auszunützen: Das fing zuerst ganz "bescheiden" an mit der Entsendung russischer Blauhelme, dann durch die Einschaltung in die Gruppe der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Bosnien, und neuerdings, indem Jelzin in New York - anlässlich der 50 Jahre Feier der UNO - zu dem umworbenen Vermittler für den Friedensplan von Bill Clinton aufrückte. Sein Trumpf, bzw. derjenige der Russen, ist der neuerwachte von der sehr aktiven orthodoxen (pravosla-

wischen) Kirche geförderte *Panslawismus*: Die Serben blicken wieder zum grossen slawischen Bruder, hören mehr auf ihn als auf den Westen.

Und die westlichen Grossmächte? Trotz des doch sehr relativen Erfolgs der Nato - Luftangriffe, die für hunderttausende von Menschen zu spät gekommen sind, trotz der Öffnung von Sarajevo und einer prekären Waffenruhe ist der Westen nach wie vor bereit, den Russen und Serben in allem und jedem nachzugeben.

Für die Serben, ausserhalb oder innerhalb von Bosnien, ist der Krieg bei weitem noch nicht zu Ende. Das Ziel ist nach wie vor ein sich bis zur dalmatischen Küste ausbreitendes *Grossserbien* mit grossen Teilen von Bosnien und Montenegro. Die Serben verhalten sich zwar jetzt - seit dem Erfolg der gemeinsamen kroatisch/bosniakischen Offensive - abwartend, hoffen aber - dank den Russen - auf Zeitgewinn und eine "Friedenslösung", die ihnen später gestatten würde, die Idee Grossserbiens zu einem günstigeren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

Inzwischen werden die *hilflosen Zivilbevölkerungen* von beiden Seiten hin- und hergeschoben. Das dauert nun schon Jahre an und wird so weitergehen. "Bewunderungswürdig" ist nur, wie erfinderisch die Bosnosserben sind, stets neue Argumente zu finden, Waffenstillstandsabkommen zum x-ten Male zu brechen oder den wievielten Friedensplan auf die "lange Bank" zu schieben. Moskau, Belgrad und Banja-Luka werden dieses Spiel noch lange betreiben mit dem Resultat, die Stellung der Russen als massgebender "Friedensbringer" definitiv zu etablieren. Zusammen mit den führenden Persönlichkeiten der Bosnosserben - bei denen kaum mehr die Rede von Kriegsverbrechen ist - sitzen sie am Konferenztisch in Genf oder anderswo, erreichen ihre Ziele indem auf dem Papier

das bestätigt wird, was mit roher Waffengewalt auf dem Terrain erreicht wurde.

Die Russen, vor allem aber die Serben, müssen jetzt aufpassen, dass die Kroaten und Bosniaken, beziehungsweise der *weltweit militante Islam* mit seinen eingeschmuggelten Freischärler, nicht wieder losschlagen, sich mehr Gebiete holen als ihnen die Serben genommen haben. Die Gefahr besteht auch, dass die neuerdings Tausenden von serbischen Flüchtlingen, die bewusst nach Kosowo und Mazedonien gelenkt werden, dort einen neuen Kriegsherd anschüren, der sich rasch auf Mazedonien und Albanien, aber auch auf Bulgarien und Griechenland (Ägeis-Mazedonien) ausdehnen könnte. Wenn dann schliesslich die USA und die Nato mit ihrer "Friedensarmee" einmarschieren, könnte es zu spät sein.

Und wie werden sich die Russen verhalten, wenn sie unter einem selbständigen Kommando Teil dieser Friedensarmee sind? Das *schreckliche Drama der letzten 4 Jahre* könnte dann von neuem für die armen hilflosen Zivilbevölkerungen auf beiden Seiten losgehen!

Original Text vom 30.Okt.95

publiziert am 13. Nov.95 Basellandschaftliche Zeitung

FÜHRT AN DER EU WIRKLICH KEIN WEG VORBEI?

An der EU führe kein Weg vorbei - das behauptete kürzlich der hocheminente Sicherheitsexperte und Professor am Institut de Hautes Etudes in Genf, Curt Gasteyger. Es gäbe *keine ernstzunehmende Alternative zur EU* trotz ihrer zur Zeit "geschwächten Attraktivität". Die EU sei der entscheidende Pfeiler einer gesamteuropäischen Ordnung und deshalb führe für ihn als Schweizer und Europäer kein Weg an ihr vorbei.

Seit Churchill träumen wir alle von einem politisch und wirtschaftlich starken und unabhängigen Europa, das als eine *neue neutrale Kraft* in einer immer chaotischer werdenden Umwelt für Ruhe und Ordnung, für Frieden und mehr Gerechtigkeit für alle Menschen und Völker zu sorgen vermöchte. Gasteyger drückt sich zwar etwas vorsichtiger aus, indem er nur von einer "politisch eigenständigen, wirtschaftlich konkurrenzfähigen und sozial solidarischen Kraft in einer zunehmend chaotischen Welt" spricht. Auch eine Vision, wenn auch viel bescheidener als diejenige Churchills, aber eben, wie Gasteyger selber sagt, eine Vision, ohne die man nicht weiterkommen könne.

Wenn Gasteyger aber schon Visionen als notwendig erachtet, dann sollte er vielleicht auch zugeben, dass man in guten Treuen die ambitionösere Zielsetzung Churchills seiner doch schon sehr von dem ihm eigenen Realitätssinn geprägten Vision vorzieht. Bei näherem Zusehen geht es vor allem darum, ob Europa geeint und gestärkt werden soll, um den vor allem wirtschaftlichen Kampf mit den bereits bestehenden (wie die USA) oder die weltweit neu entstehenden, insbesondere wirtschaftlichen *Machtzusammenballungen* (China, Südostasien, Islam) aufnehmen zu können, oder ob sich ein geeintes Europa nicht in weiser Selbstbeschränkung - und vielleicht etwas nach schweize-

rischem Muster - zu einer zwar auch weltweit wirtschaftlich (und auch militärisch) starken, aber *vollständig neutralen* und mit allen Völkern und Ländern *friedlich und solidarisch zusammenlebenden Kraft* entwickeln sollte. Im Vordergrund hätte dabei nicht die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, vor allem die heute weltweit eingesetzte Hetze nach der Beherrschung der Weltmärkte, zu stehen, sondern die Beschränkung auf die Entwicklung einer eigenen gesunden, menschenarbeit-freundlichen und so auch sozial in sich ausgewogenen, zum grossen Teil selbstgenügsamen, deshalb umweltsfreundlicheren Wirtschaft, die zur Förderung gesunder, ausgeglichener Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den anderen Ländern und Staatengruppierungen beizutragen vermöchte.

Zugegeben, das ist vielleicht eine noch viel unrealistischere Vision für das zukünftige Europa als diejenige Gasteygers. Aber sie enthält wenigstens in sich nicht bereits den "teuflischen" *Samen ungesunder Hegemonie - Bestrebungen*, die heute durch das supranationale System der EU ermöglicht werden und leider bereits nur allzudeutlich bei den Grossen der Union, insbesondere Deutschland und Frankreich, zu Tage treten. Es genügt dazu die Debatten im deutschen Bundestag und dem französischen Parlament zu folgen, um diese Bestrebungen klar zu erkennen: Den sorgfältig gewählten Worten nach ist man zwar nur für Europa, in Wirklichkeit ist man aber "pickelhart" für die Wahrung der eigenen Interessen, auch wenn davon die Interessen anderer EU- Mitglieder oder gar der Union als solcher betroffen werden. Den Grossen geht es eindeutig innerhalb der EU nur um die Beherrschung dieses *supranationalen Vehikels*, das, *vielleicht besser als irgendeine Armee, nationalistischen Machtgelüsten* zu dienen vermag. Bundeskanzler Kohl formulierte das kürzlich bei der Haushaltsdebatte auf die Vorwürfe, man trete den EU-Partnern gegenüber nicht energisch genug auf, so, dass man diesen

Partnern gegenüber in allem höchst behutsam vorgehen müsse, heisse es doch schon jetzt: "Da sind sie wieder die Deutschen, zweimal am Boden, und jetzt wollen sie uns sagen wo es langgeht". Und in seiner ihm offenen Art gab er dann zu, dass man natürlich mit der Zeit in nichts nachgeben werde.

Als Realist kann auch Prof. Gasteyger nicht ablehnen, dass sich die EU bereits jetzt in einer sehr ernstesten *Existenz - Krise*, die übrigens von Delors bereit wiederholt bestätigt worden ist, befindet. Es geht nicht nur um den Zeitpunkt der Einführung der Währungsunion und einer Revision der Abkommen von Maastricht, sondern darum, wer das Sagen hat: die Deutschen oder die Franzosen, ohne dabei die Engländer, die Spanier, die Italiener und alle die Mittel- und Osteuropäer zu vergessen, die dann später bei der Berücksichtigung ihrer nationalen Gefühle lange nicht so zimperlich sein werden, wie die braven Schweizer.

Jedenfalls kann so oder so heute nicht gesagt werden, es führe kein Weg an der supranationalen EU vorbei. Denn die Supranationalität an sich erweist sich mehr denn je als der Beginn einer anderen Konstruktion für ein wieder *nationaleres aber trotzdem solidarisch geeintes Europa* - eben der Weg, den dann auch wir Schweizer zu gehen vermögen. Deshalb ist die jetzt in unserem Lande vorherrschende Ratlosigkeit nicht am Platz - genau so wenig wie der Versuch das effektive Nachgeben in den bilateralen Verhandlungen durch eine lautstarke Härte zu vertuschen.

EUROPA IST INTEGRATIONSMÜDE

Die Europäische Integration ist ins Stocken geraten

Seit der Gründung der Europäischen Organisation für Wirtschafts- Zusammenarbeit (OECD) 1948 in Paris, das heisst seit mehr *als 47 Jahren, ist intensiv an einer wirtschaftlichen und politischen Integration Europas* gearbeitet worden. Viel Positives wurde erreicht. Trotzdem steht neuerdings die Frage im Raum, ob sich der Aufwand gelohnt hat? Auf jeden Fall ist heute die europäische Integration ernsthaft ins Stocken geraten.

Die OECD begann ihre Tätigkeit, in Ergänzung zum Marshallplan, mit dem Aufbau lebensfähiger Volkswirtschaften in den einzelnen Mitgliederstaaten; dann der erste grosse Schritt aus der *gegenseitigen Abkapselung* der Staaten im letzten Weltkrieg mit einer rasch voranschreitenden *Liberalisierung* des Handels- und Zahlungsverkehrs; Ende der fünfziger Jahre führten die erfolglosen Verhandlungen um eine grosse Europäische Freihandelszone, zur Gründung der kleinen *Freihandelszone, der Efta*, und den *Europäischen Gemeinschaften*, heute der *Europäischen Union, EU*, sowie einer immer weitergehenderen wirtschaftlichen, sowie den ersten Ansätzen zu einer politischen Zusammenarbeit.

Irgendwie ist bei diesen intensiven, aber recht kostspieligen Integrationsbestrebungen ein gewisser *Sättigungsgrad* erreicht worden. Gerade diejenigen europäischen Staaten, die heute intern mit grossen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Problemen zu kämpfen haben - Frankreich ist dafür ein gutes Beispiele - möchten sich wieder selber mit ihren Problemen befassen: Auf nationaler Basis mit einfachen, dafür rasch wirkenden Mitteln die zum grossen Teil von aussen kommenden Ursachen ihrer Probleme abwehren, anstatt multilaterale,

immer komplexere und in der Praxis oft gar nicht funktionierende Lösungen zu suchen. Diese Tendenz, macht sich bei allen EU-Mitgliedstaaten, sowie auch im restlichen Europa bemerkbar.

Eine Art *Integrations- bzw. Europamüdigkeit*, die sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern jeder weitergehenden Integration, insbesondere eines weiteren Ausbaus der EU, festzustellen ist. Kurioserweise am wenigsten in der Schweiz, weil unsere führenden Schichten, wie üblich mit Rückstand zur allgemeinen Entwicklung, noch ganz fest an das Allerheilmittel eines EU-Beitritts glauben und dies auch unserer Jugend einreden.

Die Gründe dafür sind vielfach: Wenn auch das bisher Erreichte durchaus positiv zu werten ist, sind sich doch viele Europäer der Tatsache bewusst geworden, dass das komplizierte Instrumentarium einer weitergehenden Integration Schwächen aufweist, die Zweifel an dessen *Wirksamkeit* sowie der *Verhältnismässigkeit der Kosten* aufkommen lässt.

Schwächezeichen

Nach aussen präsentiert sich die EU, die heute in der europäischen Integration dominiert, kürzlich auf 15 Mitglieder erweitert wurde, noch immer in vollem Glanz. Sie erscheint stark genug, um besonders gegenüber den kleineren und wirtschaftlich schwächeren Staaten in- und ausserhalb des Kontinents als die alles ordnende Macht in Europa aufzutreten.

Aber bereits bei Bosnien hat sie vollständig versagt und die Entscheidung den Amerikanern überlassen. Leider, denn was in Dayton zusammengebastelt wurde, verspricht wenig Gutes für die Zukunft. Dafür dürfen bzw. müssen

jetzt, gemäss Präsident Clinton, die Europäer massiv beim *wirtschaftlichen Wiederaufbau* mithelfen. Brüssel hat dieses Paket bereits elegant an die Organisation für Sicherheit und Entwicklung in Europa weitergeschoben, die sich jetzt unter schweizerischem Vorsitz - dafür sind wir und vor allem unsere harten Schweizerfranken gut genug - mit dem Problem auseinandersetzen darf.

Wirtschaftlich wenig attraktiv

Auf wirtschaftlichem Gebiet müssen die ambitionösen Zielsetzungen der EU einer vollen Wirtschafts- und Währungsunion in eine weite, wenn nicht gar vollständig unbestimmte Zukunft hinausgeschoben werden.

In dem nun voll "aus"-gebrochenen Zeitalter der "Globalisierung der Märkte und wirtschaftlichen Beziehungen" verliert der grosse, einheitliche europäische Binnenmarkt zusehends an *Attraktivität*, damit an Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen: Die grossen, vor allem die transnationalen Unternehmen, die "TRANSATS", wie sie neuerdings genannt werden, ziehen die Riesenmärkte des Fernen Ostens dem ohnehin schon stark ausgepumpten bzw. "abgegrastem" europäischen Binnenmarkt vor und zwar nicht nur zum Absatz ihrer Produkte und Dienstleistungen, sondern vor allem auch zur Verlagerung ihrer Produktion mit den entsprechenden Milliarden - Investitionen in diese zur Zeit noch aus Niedriglohnländern bestehenden Regionen; die kleinen und mittleren Unternehmen werden neuerdings in den meisten EU-Staaten, besonders markant ist das in Frankreich, von einer riesigen Konkurswelle überrollt.

Von den so oft gerühmten *Präferenzen der Mitgliedstaaten der EU* am grossen Binnenmarkt, von denen sich die neuen Mitglieder, wie Finnland, Schweden und Österreich, soviel versprochen hatten und denen so mancher Schweizer-

Unternehmer nachtrauert, bleibt bei näherem Zusehen nicht viel übrig: Viele dieser Privilegien sind der letzten Gatt (Uruguay) Runde zum Opfer gefallen. Was davon übrig geblieben ist, wird durch eine immer durchlässiger werdende gemeinsame Grenz- und Zollmauer zunichte gemacht. Trotz hunderte komplizierter und schwer überblickbarer Vorschriften, einem Verwaltungsaufwand von jährlich nahezu 150 Milliarden SFR (gemäss neuester Schätzung), ist es nicht gelungen, die Löcher in dieser Mauer zu stopfen.

Als Folge davon wird das Gebiet der EU von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden aus aller Welt, unerwünschten Personen, dubiosen Geschäftsleuten, Kriminellen, Terroristen oder ganz einfach von tausenden Obdachlosen, Migranten und Landstreichern *überflutet*. Besonders schwerwiegend ist der leider an immer mehr Punkten und Grenzabschnitten kaum noch kontrollierbare Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr, bei dem ein Skandal nach dem anderen aufgedeckt wird: Terroristen, meistens aus Drittstaaten, die ungehindert in die EU eindringen und von einem Mitgliedstaat zum andern ihrem unheimlichen Handwerk nachgehen; hunderttausende Tonnen Schmuggelware, die zum Nachteil der einheimischen Produktion zu Dumpingpreisen abgesetzt wird; eine florierende Geldwäscherei, neuerdings besonders zugunsten der immer gefährlicheren Mafia aus Russland und dem übrigen Osteuropa, um nur einige Beispiele für eine Situation zu nennen, die von Delors, als er noch im Amt war, periodisch kritisiert und als äusserst gefährlich für das Überleben der EU bezeichnet wurde.

Resignation statt Euro-Euphorie

Besonders zu schaffen macht der EU als solcher und den einzelnen Mitgliedstaaten das weiterhin *stagnierende Wirtschaftswachstum*; eine erschreckende *Arbeitslosigkeit*

(offiziell 18 Millionen in Wirklichkeit eher gegen 30 Millionen) mit zunehmend gefährlichen *sozialen Unruhen*, die trotz einem ins Unermessliche gesteigerten sozialen Aufwand, entsprechend hohen staatlichen Defiziten und Einbußen bei der Konkurrenzfähigkeit einzelnen Unternehmen nicht mehr unter Kontrolle zu bringen sind.

Der EU, aber auch ganz allgemein allen auf dem Gebiet der europäischen Integration tätigen Organisationen, wird ein ständig wachsender Haushaltsbedarf, ein zunehmend schwerfälliger Beamtenapparat, viel Leerlauf und Korruption vorgeworfen. Viele Europäer, besonders auch in den neuen Mitgliedstaaten der EU, haben nachgerade die Nase voll von dem in keinem *Verhältnis zum Erfolg stehenden Aufwand*. Grossartige Mammutkonferenzen, eine Papierflut von Berichten, Vorschlägen und Gesetzestexten, von denen man genau weiss, dass sie nur auf dem Papier stehen bleiben und deren Anwendung von niemandem oder ungenügend kontrolliert wird.

Kein Wunder, dass bei dieser Entwicklung, die durch die teure Eigenreklame der supranationalen Institutionen in Brüssel hochgespielte *Euro-Euphorie* einer tiefsitzenden *Resignation* nicht nur in der EU sondern auch im restlichen Europa gewichen ist. Eine Resignation, die sich auch auf den Konsum, die Landwirtschaft, Gewerbe und Kleinhandel, besonders in Ländern, wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, die Beneluxstaaten, aber neuerdings auch ziemlich vehement in Deutschland auszuwirken beginnt. Und immer häufiger wird die Frage gestellt, wozu denn all dieser Aufwand, der ohnehin letzten Endes, vom Einzelnen aus gesehen, nur zu mehr Steuern und weniger wirtschaftlichen Vorteilen führt.

War die Zollunion ein Fehlgriff?

Diese Europamüdigkeit greift neuerdings auch auf die politischen Kreise, die Verwaltungen und Regierungen

über. Je mehr die EU oder Europa zu einem in sich geschlossenen *Wirtschaftsblock* werden, desto grösser ist die Gefahr, dass sie mit den anderen *Wirtschaftsblöcken auf der Welt*, wie Südostasien oder die USA, in Konflikte geraten, von denen alle Mitgliedstaaten betroffen werden, auch wenn sie mit dem Konfliktgegenstand überhaupt nichts zu tun haben. Das ist auch der Grund, warum vor allem die grossen transnationalen Unternehmen anfangen, sich von der EU und den anderen Wirtschafts-Blöcken zu distanzieren. Der schweizerische Topmanager eines solchen Unternehmens erklärte kürzlich, bezüglich der grossen Probleme unserer Zeit werden in Zukunft die Verhandlungen nicht zwischen den Regierungen, sondern ausschliesslich zwischen den ganz grossen Unternehmen der Welt zu führen sein.

Angesichts solcher, für den einzelnen Bürger irgendwie doch recht bedenklicher Zukunftsaussichten, überlegt sich heute mancher, ob Ende der fünfziger Jahre mit dem Verzicht auf eine *grosse Freihandelszone* nicht ein grundlegender Fehler begangen wurde? Denn eine Zollunion ist letztlich vom Standpunkt des präferentiellen Zugangs zu dem von ihr geschützten Markt nur so viel wert, wie der *schwächste Punkt* ihrer nach aussen gemeinsamen Grenz- und Zollmauer. Der grosse Militär-Philosoph von Clausewitz sagte das gleiche von einer Festungsmauer. Die heutige EU ist ein gutes Beispiel dafür. Was nützt diese gemeinsame Grenz- und Zollmauer, wenn sie so durchlöchert ist, dass jedermann bzw. jede Ware illegal einzudringen vermag? Was nützt eine gemeinsame Handelspolitik, wenn die grossen transnationalen Unternehmen unter sich oder auch gegeneinander bestimmen, was in dieser übermässig "globalisierten" Welt gelten soll? Da wäre man mit einer Freihandelszone besser bedient, weil es für jede Ware und Dienstleistung *Ursprungszeugnisse* braucht, die auch innerhalb eines grossen freien

Markts an der Grenze jedes einzelnen Mitgliedstaates vorzuweisen sind. Das Geschäft der heute in der EU, und damit in ganz Europa florierenden *Schmuggler* würde dadurch genau so erschwert werden, wie dasjenige der illegal einreisenden Menschen aus aller Welt, die immer wieder an einer innereuropäischen Grenze ihr Identitätspapier zu zücken hätten, auch wenn sie im Genuss der Freizügigkeit sind. Überhaupt hätte eine Freihandelszone den Vorteil, dass einer wirtschaftlichen und auch politischen Zusammenarbeit keine Grenzen gesetzt wären mit dem Unterschied, dass die Teilnehmerstaaten sich in jedem Fall zu einen Konsens "zusammenzuraufen" hätten, dass es aber handkehrum für sie leichter wäre, in kritischen und dringenden Fällen für das eigene Land *autonome Abwehrmassnahmen* zu treffen als dies beim starren Gebilde einer Zoll- oder Wirtschaftsunion mit einer gemeinsamen Handelspolitik und einer ganzen Reihe anderer gemeinsamer Politiken der Fall ist.

Schlussfolgerung

Die einzelnen Staaten sollten, auch als Mitglieder irgendeiner multilateralen Organisation, wieder vermehrt in die Lage versetzt werden, die *Verantwortung* für ihre Probleme selber zu übernehmen. Erst wenn sie bei sich selber Ordnung geschafft und ihrer Eigenart entsprechend eine gesunde wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Entwicklung sichergestellt haben, werden sie sich zu einer engeren Zusammenarbeit und gemeinsamen Ordnung zusammenschliessen können. Die Erfahrungen in der EU zeigen, dass die europäischen Staaten, die Grossen und die Kleinen, diesen Reifegrad noch nicht erreicht haben.

Dementsprechend kann es heute bei der europäischen Integration nach wie vor nur um den *Freihandel* und eine *wirtschaftliche Zusammenarbeit* und nicht um die Erhaltung eines von oben nach unten aufgebauten *starren und*

sehr theoretischen Systems, gehen. Einmal mehr darf der Altmeister der EU, Jacques Delors, zitiert werden, der in den letzten Jahren wiederholt, in seiner manchmal sehr diskreten Art und in kleinen Nebensätzen, durchblicken liess, dass auch ein weniger starres System - eben eine Freihandelszone, wie sie neuerdings von der EU selber für den Mittelmeer-Raum vorgesehen wird - mit einigen zusätzlichen Bestimmungen für eine solidarische Zusammenarbeit in ganz wichtigen und grundsätzlichen Fragen für die *Integration in Europa* genügen könnte.

Original Text vom 28. Nov.95 mit redaktionellen Änderungen

"MUT ZUM AUFBRUCH" - WIE ETWA IN FRANKREICH?

Es geht nicht gut auf unserer *Welt voller Widersprüche*, in der wir Mühe haben, uns zurechtzufinden.

Die "Grossen" in unserer Wirtschaft haben sich deshalb zusammengetan, um uns in einem gemeinsamen Bericht zu mehr "*Mut zum Aufbruch*" aufzufordern. Dazu haben sie eine Reihe von *Reformen* vorgeschlagen: statt der direkten Bundessteuer eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungs-Betriebe, der SBB, der Post, des Gesundheitswesens usw. usf. Nur so könne ein Klima des *freien Wettbewerbs* geschaffen werden, das uns befähigen werde, in eine bessere Zukunft aufzubrechen.

Wohin solche Reformen führen, kann jeder *bei unserem französischen Nachbarn ablesen*. Gerade die grossen transnationalen Unternehmungen sollten mit solchen Vorschlägen Äusserst behutsam vorgehen. Klar, je mehr zum Beispiel öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden, desto grösser wird der damit *vom Ausland her geschürte Konkurrenzkampf* und umso billiger würden die für diese Unternehmungen wichtigen Dienstleistungen. Gleichzeitig würden damit aber auch wesentliche Dienstleistungen, die für eine sozial gesunde Gesellschaft wichtig sind, abgebaut. Der *moderne Wohlfahrtsstaat braucht nun einmal öffentliche Mittel*, um das heute ständig steigende Minimum an sozialen Leistungen bezahlen zu können. Neben dem Gesundheitswesen oder der Altersfürsorge trifft dies auch für Unternehmungen wie die SNCF in Frankreich oder die SBB in der Schweiz zu, bei denen leider immer wieder vergessen wird, dass sie allein aus ihrer Zweckbestimmung heraus gar nicht rentabel sein können: Ein *gut ausgebautes Eisenbahnnetz* ist nicht nur erforderlich, um alle nur erdenklichen Transporte für die Wirtschaft durchzuführen, sondern in erster Linie, um die

Be-wohner eines Landes einander näher zu bringen, die Dis-tanzen zwischen dem Wohn- und Arbeitsort durch das Mittel möglichst rationeller Massentransporte zu überwin-den sowie entlegene Landesteile wirtschaftlich und touri-stisch zu erschliessen.

Noch viel wichtiger ist aber heute im *Zeitalter des "Ozon-lochs"* die Bahn, um den Personen- und Warenverkehr von der Strasse wegzubringen. Wenn die *Reinhaltung unserer Luft* nicht nur ein *leeres Wort* bleiben soll, dann braucht es ein noch viel stärker ausgebautes Eisenbahnnetz; die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel sollte gratis oder nur gegen eine geringe Abgabe jedermann zugänglich gemacht werden. Das würde natürlich ein vielfaches des heutigen SBB-Defizits kosten. Es wären aber Kosten, die sich gleich wie bei allen anderen öffentlichen Dienstlei-stungen auf die Dauer nicht nur zum Vorteil einer *gesun-den Gesellschaft*, sondern auch *wirtschaftlich und politisch positiv* auswirken müssten.

Der Streik in Frankreich wird von vielen als eine *ernste Warnung* gewertet, die nichts anderes besagt als "Finger weg von den öffentlichen Dienstleistungen und den öffent-lichen Angestelllten". Breite Kreise der französischen Be-völkerung, ob Rechts, Mitte oder Links, haben offenbar diese Warnung verstanden: In dem modernen Staat des nächsten Jahrhunderts kann nicht mehr alles und jedes nach *rein wirtschaftlich-optimalistischen Gesichtspunkten* beurteilt werden. In diesem Sinne darf auch die Lösung nicht einfach in einer Kürzung der direkten Steuern (von der letztlich die Grossen und die Bessergestellten profitieren) auf Kosten einer Erhöhung der indirekten Steuern, insbesondere der Mehrwertsteuer, gesucht werden. Davon würden die Kleinen und die Schwachen verhältnismässig viel stärker betroffen werden; spitz ausgedrückt hiesse das, die *"Bedürftigen"* hätten die *sozialen Unterstützungs-programme für sich und ihresgleichen in Zukunft gleich*

auch noch selber zu "berappen". Dabei würde bereits eine bescheidene Anpassung des Steuersatzes der höheren Einkommen und Geschäftsgewinne genügen, diese in unserer Zeit unvermeidlichen sozialen Kosten abzudecken.

Kein Wunder, dass im Dezember in Frankreich Millionen auf die Strasse gingen und die Mehrheit der von dieser Streikbewegung Betroffenen, trotz aller Unannehmlichkeiten für sich und ihre Familien, Verständnis für die Forderungen der Gewerkschaften zeigten - um so mehr als auch in Frankreich die grossen Unternehmungen ihre Produktion in Niedriglohnländer dislozieren und bei sich zu Hause radikal rationalisieren. Sie tun dies angeblich, um durch mehr Umsatz auf den Weltmärkten den *Fortbestand des Unternehmens* sicherstellen zu können. Die Frage ist nur: zugunsten von wem? Sicher nicht zugunsten der Hunderttausende zusätzlicher Arbeitsloser, die dabei entstehen und soziale Kosten verursachen, welche der Staat nicht mehr zu meistern vermag. Gleichzeitig wird aber vom Staat verlangt, günstigere wirtschaftliche Voraussetzungen durch den Abbau seines Defizits und weniger (direkte) Steuern und Abgaben zu schaffen.

Widersprüche, nichts als Widersprüche in allem und jedem: in der Wirtschaft, in der Politik, im Sozialen, in der Kultur, Erziehung und Ausbildung, in religiösen und moralischen Fragen, im Verhältnis der Generationen zueinander und in allen Bereichen menschlichen Daseins. Kein Wunder, dass bei dieser Fülle von Widersprüchen die Menschen eine tief sitzende Angst vor der Zukunft entwickelt haben. Es ist diese Angst, die bei den Wirren in Frankreich zum Ausdruck kam und die eigentlich auch dem Bericht "Mut zum Aufbruch" hätte zugrunde gelegt werden dürfen!

Original Text vom 10. Dezember 95

publiziert am 19. Dezember 95 in Basellandschaftlichen Zeitung.